

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

150 Jahre Schweriner Schloss –
Von der Residenz des Großherzogs
zum schönsten Parlamentssitz Deutschlands



Debatte
Klimawandel und M-V

Pro & Kontra
Null-Promille und Tempolimit?

Verantwortung
Schüler-Projekt in Ravensbrück

Jubiläum
150 Jahre Schweriner Schloss
Tag des offenen Schlosses



Inhalt

Spezial

Schülerprojekt in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück 3

Aus dem Plenum

Aktuelle Stunde: 4 – 5

Weiterentwicklung

der Kindertagesbetreuung in M-V

Weitere Themen: 6 – 8

Kerosin-Steuer

Europafähigkeit der Landesverwaltung

Imagekampagne für Freiwillige

Feuerwehren

Haushaltsrechnung 2004 bestätigt

Pro & Kontra: 9

Null-Promille und Tempolimit

auf unseren Straßen?

Auszüge aus der Debatte: 9 – 14

Folgen des Klimawandels 10 – 15

Aus den Ausschüssen 16

Innenausschuss:

Beratung in Heiligendamm

Agrarausschuss:

Weltverbrauchertag in Stralsund

Panorama 17 – 18

Friedensdienst –

Christoph Frey über seinen

Zivildienst in Washington D.C.

Gedenken in Wöbbelin

MV-Werbung in Brüssel

Ökostrom für den Landtag

Schlossgeschichten 19

Wie das Schloss zum schönsten

Landtagsitz Deutschlands wurde

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 0385 / 525 2151,

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:

DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth

Klööresgang 5, 19053 Schwerin

Fon: 03 85 / 48 56 3-0,

Fax: 03 85 / 48 56 3-24

Titelbild:

Das Schweriner Schloss – Farblithografie aus der historischen Festschrift von 1869

Bildnachweis:

Balewski (4/1-3, 5/1-5)

Büttner (6/1, 7/1, 8/1, 15/1, 20/4)

Cordes (19/2)

Fraktion der Linkspartei.PDS (9/1)

Fraktion der SPD (9/2)

Frey (18/1-2)

Kettler (10/1-2, 11/1, 12/1,13/1, 14/1-2)

Krebs (17/2)

Landesamt für Kultur und Denkmalpflege (Titelfoto)

Landtagsverwaltung/Lange (8/2, 17/3)

Landtagsverwaltung/Richter (3/1-4, 17/1, 20/1-2)

Landtagsverwaltung/Walendowski (20/3)

Landtagsverwaltung/Winkelmann (16/1)

Lindenbeck (19/1)

Privat (2/1)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Jahrhunderte alte Kultur trifft parlamentarische Demokratie

Wer in der Bundeshauptstadt an die Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns denkt, dem fällt ohne Frage zuerst das Schweriner Schloss ein. Damit dürfte Schwerin die einzige Stadt sein, deren Bild außerhalb ihrer Grenzen maßgeblich durch den Landtag geprägt wird. Der Parlamentssitz gilt längst als Wahrzeichen der Stadt. Und es kann sogar passieren, dass – wie ich es selbst unlängst erleben durfte – der Kassierer der Kantine des Berliner Roten Rathauses ein besonderes Stück Wechselgeld empfiehlt und aushändigt. Schließlich findet sich das Schweriner Schloss in diesem Jahr auf einer Sonderprägung der Zwei-Euro-Münze. Dieser Mann weiß das Schöne also zu würdigen.

Fürwahr, im nordöstlichen Bundesland darf man zu Recht behaupten, das wohl schönste Landtagsgebäude der Republik zu besitzen – ganz im Sinne des Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Und so wirft manch ein Berliner neidvolle Blicke hinüber an den Schweriner See. Besitzen die Schweriner in dieser Form seit mittlerweile 150 Jahren doch etwas, das in Berlin zurzeit nur auf dem Papier existiert – ein Stadtschloss. Während an der Spree noch um Finanzierung und Nutzung des erträumten Schlosses gerungen wird, tragen im beschaulichen Schwerin die Restaurierungsarbeiten längst wertvolle und weithin sichtbare Früchte.

Die Frage über einen sinnvollen Einsatz von Steuergeldern ist in Mecklenburg-Vorpommern an dieser Stelle längst positiv beantwortet worden. Zudem ändert sich das Umfeld des Parlamentssitzes dank der Bundesgartenschau 2009 erheblich – das Schweriner Schloss wird gewissermaßen noch besser in Szene gesetzt. Hingegen zeigt sich Berlins Schlossplatz als riesige Innenstadtbrache, auf der derzeit lediglich das „Gerippe“ des Palastes der Republik zu erkennen ist.

Der Neid der Hauptstädter ist also völlig berechtigt, auch wenn der Neuaufbau historischer Fassaden angesichts der angesprochenen offenen Finanzierungsfragen in Berlin durchaus diskussionswürdig ist. Aber im Zentrum der Bundespolitik steht man anderen Städten eben nicht gerne nach – da sind sich die dortigen Lokal- als auch Bundespolitiker oftmals einig.



Christian Lichtwardt

Christian Lichtwardt (33) arbeitet als Agenturjournalist in Berlin und war von 1999 bis 2002 für den *Nordkurier* tätig.

Schlösser haben ja gemeinhin etwas Elitäres. Beim Schweriner Schloss sucht man danach erfreulicherweise vergebens. Hier speist der Tourist quasi Tür an Tür mit den im Idealfall hart arbeitenden Abgeordneten. Hier trifft Jahrhunderte alte Kultur auf parlamentarische Demokratie – direkt am Ort des Geschehens. Die Abgeordneten spüren durch die Anlage in unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums bereits seit 1990 den engen Kontakt zum Volk. Etwas, das man den Bundestagsabgeordneten eigentlich erst seit dem Umzug von Bonn nach Berlin im Jahr 1999 bescheinigt. Die Schweriner Schlossmauern schotten offensichtlich nicht ab. Im Gegenteil – das Schloss in seiner Funktion als Parlament und gleichzeitiger Touristenmagnet lädt ein. An der Stelle zeigte sich Berlin lernfähig. Denn mit der Neugestaltung des Reichstages wurde dieses wohlthuende Nebeneinander schließlich auch von der „großen Politik“ erkannt. Die Besucherschlängen vor dem Reichstag sprechen Bände.

Doch schaut man in Berlin nicht nur des tollen Arbeitsplatzes der Abgeordneten wegen nach Schwerin. Das politische Berlin beobachtet sehr aufmerksam, wie in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Einzug der NPD in den Landtag umgegangen wird. Schwerin steht ebenso im Fokus des Interesses wie Dresden. Dass populistische Ausfälle von Rechtsextremisten im Landtag bislang nicht die Berichterstattung bestimmten, hat sicherlich mit dem Zusammenwirken der Demokraten beim Umgang mit der NPD über alle Parteigrenzen hinweg zu tun. In Berlin bleibt man auch in dieser Frage lernfähig. Hier zeigt sich Schwerins ganz besonderer Charme: Mögen zwar Schlossgepenster zur Geschichte alter Gemäuer gehören, brauner Spuk gehört gewiss nicht dazu.

Christian Lichtwardt

Es geht um persönliche Verantwortung

Jugendprojekt des Landtages in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

Stumm und nachdenklich stehen die 50 Schülerinnen und Schüler am Ufer des Schwedtsees in Ravensbrück. Sie wissen, dass der See ein Friedhof ist, der die Asche tausender ermordeter Frauen aufgenommen hat. Die Rosen, die die Jugendlichen zum Gedenken an die namenlosen Opfer in den See geworfen haben, werden durch die Wellen zusammengetrieben – fast sehen sie aus wie ein rotes Seidentuch, das die Toten in ihrer letzten Ruhestätte sanft bedeckt.

Das Gedenken unten am See bildet den Abschluss der beiden Projektstage, zu denen die Elftklässler vom Lilienthal-Gymnasium Anklam und vom Friedrich-Stoy-Gymnasium Falkenberg am 23. und 24. April in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück weilten. Eingeladen hatten sie die Präsidenten der Landesparlamente Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, Sylvia Bretschneider und Gunter Fritsch.

Bei dem gemeinsamen Projekt beider Landtage, das zum 12. Mal stattfand, geht es nicht nur um die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, sondern zugleich auch um die Verantwortung für die Zukunft. „Wer sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandersetzt, wird erschreckende Parallelen zu heute erkennen“, sagte Sylvia Bretschneider zu den Schülern. Umso wichtiger sei es, die Demokratie als den grundlegenden Wert unserer Gesellschaft zu schützen und zu verteidigen, betonte sie. „Heute wie damals geht es dabei um die persönliche Verantwortung eines jeden Einzelnen. Es darf nie wieder passieren, dass ein ganzes Volk die Augen verschließt und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einfach geschehen lässt!“

Im Mittelpunkt der Projektarbeit stand die Begegnung mit drei Überlebenden:

Batsheva Dagan, die in einer jüdischen Familie im polnischen Lodz geboren wurde, Auschwitz und Ravensbrück überlebte und jetzt in Israel lebt, Charlotte Kroll aus Berlin, die nach Ravensbrück eingeliefert wurde, weil sie einer schwangeren Fremdarbeiterin Babykleidung geschenkt hatte, und Ilse Heinrich, die vor der schweren Feldarbeit bei fremden Bauern geflohen war und deshalb als „Asoziale“ eingesperrt wurde.

Bei ihren Gesprächen mit den drei Frauen erfahren die Jugendlichen viel über den schrecklichen Alltag im Konzentrationslager. „Woher nehmen Sie die Kraft, immer wieder über diese schlimme Zeit in Ihrem Leben zu sprechen?“, wollten die Schüler wissen. „Weil ich will, dass Ihr die Wahrheit über die Geschehnisse in der Nazizeit kennt“, antwortete Batsheva Dagan. „Und ich fühle, dass es meine Pflicht ist“, fügte sie hinzu. „Ich spreche im Namen derjenigen, die umgekommen sind oder die nicht darüber sprechen können.“

Für die Schüler waren es zwei sehr intensive Tage – reich an Erkenntnissen und Eindrücken. Die Gedenkminuten am See bildeten dabei den sehr emotionalen Abschluss des Projekts, nicht aber der Auseinandersetzung mit diesem Thema.



**Fanny Beermann,
17 Jahre, Anklam**

Wenn man Batsheva Dagan reden hört, kann man sich nicht vorstellen, was für eine grausame Vergangenheit Sie hatte. Aus diesem Gespräch

nehme ich Antworten, Eindrücke und Gefühle mit. Die Unwissenheit über das Geschehene ist etwas gestillt. Dieses Erlebnis möchte ich nicht missen und werde einiges mit großer Wahrscheinlichkeit meiner Familie und meinen Freunden berichten.



**Eric Meinert,
17 Jahre, Anklam**

Dieses Gespräch war für mich sehr interessant und informativ. Batsheva Dagan hat mich dazu angeregt, über dieses Thema noch mehr nachzuden-

ken. Zudem werde ich noch mehr versuchen, Menschen, die diese Zeit verherrlichen oder leugnen, umzuerziehen, indem ich diesen Leuten von ihr erzähle. Vielleicht werde ich damit bei einigen Erfolg haben.



**Hanka Lehnhoff,
17 Jahre, Anklam**

Dieses Treffen ist für mich von großer Bedeutung. Ich habe einen Einblick in das Leben, in die Gefühls- und Seelenwelt der Betroffenen erhalten. Je-

doch hat man trotzdem keine Vorstellung von dem Grauen, welches KZ-Insassen durchleben mussten. Ich möchte dieses Treffen nicht missen, da es auch Bestandteil der Geschichte meiner Familie ist und mich somit auch etwas angeht. Durch Begegnungen wie diese sollten vor allem junge Menschen angeregt werden, über die Geschichte nachzudenken und alles in dieser Art für die Zukunft vermeiden zu helfen.



Zur Erinnerung an ihre Begegnung mit einer bewundernswerten Frau haben die Schülerinnen und Schüler aus Anklam Batsheva Dagan um dieses gemeinsame Foto gebeten.

Landtag sichert Familien mehr Unterstützung zu

Unterschiedliche Ansichten zu Kinderbetreuung debattiert

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat sich in der Aktuellen Stunde am 28. März mehrheitlich zu dem gemeinsamen Ziel bekannt, Familien mit Kindern besser zu unterstützen. Allerdings gingen die Ansichten zur Kindertagesbetreuung auseinander. Während die CDU zusätzliche neun Millionen Euro dafür einsetzen will, Eltern die Gebühren für das Vorschuljahr zu erlassen, plant die SPD Finanzhilfen für Eltern mit kleineren Krippenkindern. Die oppositionelle Linkspartei.PDS, die das Thema für die Aktuelle Stunde vorgeschlagen hatte, forderte die Landesregierung auf, nach einer Vielzahl von Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen.

Seine Partei setze sich schon seit Jahren für eine qualifizierte Kindertagesbetreuung ein, sagte der Fraktionschef der Linkspartei, **Professor Dr. Wolfgang Methling**. Die Betreuung und Erziehung der Kinder in den Einrichtungen müsse für die Eltern kostenfrei sein, weil die vorschulische Bildung in den Kitas „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ ist. „Für uns sind Kindertagesstätten eben keine Verwahranstalten, sondern sie sind Stätten der Bildung und der Erziehung. Es sind Stätten zum Erlernen sozialer Fähigkeiten wie Hilfsbereitschaft, Toleranz oder der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen“, betonte er. Ein Land, das einen G8-Gipfel mit rund 70 Millio-

nen Euro finanzieren könne, müsse auch Geld für die frühkindliche Bildung haben.

Sozialminister **Erwin Sellering** hob hervor, dass die SPD/CDU-Regierung mit Mitteln des Landes den Einstieg in eine bessere Kita-Förderung anstrebe, langfristig aber auf zusätzliche Gelder des Bundes angewiesen sei. „Eine Entlastung aller Eltern von den Kita-Kosten kann sich Mecklenburg-Vorpommern allein nicht leisten.“ Der Minister kündigte an, sich für eine Zuteilung der in Aussicht gestellten Bundesmittel nach einem Pro-Kopf-Schlüssel und damit gleichberechtigt zwischen Ost und West einzusetzen. Mit einem Betreuungsanteil von 40 Prozent in den Krippen und 97 Prozent in den Kindergärten liege der Nordosten deutlich über dem Bundesdurchschnitt und nehme einen Spitzenplatz ein. Im Gegensatz zu den Westländern stehe für Mecklenburg-Vorpommern nicht die Frage von ausreichend Plätzen, sondern die Frage der Finanzierbarkeit für die Eltern im Vordergrund.

Sowohl junge Frauen als auch junge Männer wollen ihren Beruf mit einer Familie verbinden, sagte die SPD-Abgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin, **Dr. Margret Seemann**.

„Auch Männer wollen sich nicht mehr nur auf ihre Ernährerrolle fixieren lassen. Sie möchten genauso Verantwortung für ihre Kinder übernehmen“, betonte die Gleichstellungsbeauftragte des Landes. Voraussetzung dafür aber seien zum Beispiel ein Existenzsicherndes Einkommen, ein entsprechendes Arbeitsplatzan-

gebot, Flexibilität im Beruf und die Möglichkeit, Kinder betreuen zu lassen, ohne für längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu müssen. Sie forderte, die Betreuung weiter zu entwickeln. Vor allem im Krippenbereich müssten die Gebühren für die Eltern gesenkt werden. Bildung und Erziehung setzten zudem Professionalität und qualifiziertes Personal voraus.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** bezeichnete die Kostenbefreiung für Eltern mit Kindern im Kita-Alter als wichtigen familienpolitischen Schritt. „Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Eltern mit Kindern benachteiligt sind“, betonte er. Die neuen Bundesländer seien bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung zumindest quantitativ auf einem guten Weg. Die Koalition im Land habe beschlossen, die Förderung der vorschulischen Bildung und Erziehung schrittweise auszubauen und ihre Kompatibilität mit der Grundschulbildung zu sichern. „Der Schwerpunkt liegt dabei, das ist nun einmal so, auf dem letzten Kindergartenjahr“, sagte der CDU-Abgeordnete. Die von der Koalition eingesetzte Arbeitsgruppe werde noch vor der Sommerpause Vorschläge unterbreiten.

Der FDP-Abgeordnete **Ralf Grabow** regte die Einberufung eines Kindergipfels im Land an, um die vordringlichen Ziele von Bildung und Erziehung zu beraten. Über eine solche Veranstaltung könnten zahlreiche Ideen zusammengetragen und ihre praktische Umset-



Prof. Dr. Wolfgang Methling (Die Linkspartei.PDS)



Sozialminister Erwin Sellering



Dr. Margret Seemann, Parl. Staatssekretärin

zung beschlossen werden. Damit Mecklenburg-Vorpommern nicht nur „Gesundheitsland, sondern auch Kinderland Nr. 1“ sein könne. Außerdem regte er an, mit drei Jahren eine erste Schuluntersuchung durchzuführen, die auch mit einem Sprachtest verbunden sein sollte.

„Wir leben in einer Zeit, in der es normal ist, dass Leben im Mutterleib zerstört wird“, sagte der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster**. Kinder würden misshandelt und gequält und „von Abartigen“ sexuell missbraucht und getötet. „Es ist normal, dass Eltern mittlerweile ihre Kinder vernachlässigen, weil sie selbst mit der Zeit nicht mehr zurechtkommen, weil sie nicht mehr mit der Politik, die Sie zu verantworten haben, klarkommen“, sagte er in Richtung demokratischer Parteien. „Diese Menschen sind häufig für Sie nur noch Ballast. Die Frauen sollen Kinder bekommen, aber die Frauen sollen vor allem der Wirtschaft dienen. Sie sollen erwerbstätig sein“, kritisierte er. Die Frauen seien dem Zwang zur Arbeit ausgesetzt. Er forderte eine „echte Familien- und Kindesförderungs politik“.

Die Linkspartei-Abgeordnete **Dr. Marianne Linke** forderte die Landesregierung auf, die bislang auf das letzte Kita-Jahr beschränkten Bildungsangebote auf alle Altersgruppen des Kindergartens auszudehnen. Der überarbeitete Rahmenplan liege seit Herbst vor. Die Vorarbeiten seien erbracht. „Wir fordern jetzt die Umsetzung“, sagte sie. Ihre Partei sieht ihren

Worten nach als ersten Schritt zur völligen Beitragsfreiheit die Übernahme der Elternbeiträge für einen Ganztagsplatz der Kinder im letzten Kindergartenjahr. „Im Interesse seiner chancengleichen Entwicklung darf kein Kind von Angeboten der Ganztagsbetreuung ausgeschlossen werden, nur weil seine Eltern arbeitslos sind“, betonte die Parlamentarierin. Auch für Kinder unter drei Jahren sollte ein Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kita bestehen.

„Die Koalitionspartner werden sich schrittweise der Förderung der vorschulischen Bildung und Erziehung widmen“, versicherte der CDU-Abgeordnete **Werner Kuhn**. „Wir werden sie ausbauen und ihre Kompatibilität mit der Grundschulbildung sichern. Der Schwerpunkt liegt dabei weiterhin auf dem letzten Kindergartenjahr.“ Um Beruf und Familie verbinden zu können, seien Kindertagesstätten nötig. Er wies aber auch auf den finanziellen Aufwand hin, der mit der Betreuung in den Kitas verbunden ist. Die Elternbeiträge lägen bei rund 120 Euro, in den Kinderkrippen wegen des erhöhten Betreuungsaufwandes noch höher, und zwar bei 215 Euro im Durchschnitt im Land. Von der Regierung erwartet er einen „klaren Vorschlag“ zur Finanzierung.



Werner Kuhn (CDU)



Dr. Marianne Linke (Die Linkspartei.PDS)



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Ralf Grabow (FDP)



Stefan Köster (NPD)



Kerosin-Besteuerung

Antrag der Linkspartei an Ausschüsse überwiesen

Ein Antrag der Linkspartei.PDS zur Kerosin-Besteuerung im innerdeutschen Flugverkehr wurde am 29. März mit den Stimmen aller Fraktionen zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Die Linkspartei forderte zudem, die Förderung der Fluglinie Rostock-München durch das Land einzustellen und das eingesparte Geld in den öffentlichen Personennahverkehr zu stecken.

Ein Flug von Hamburg nach München bedeute 280 Kilogramm CO₂-Ausstoß je Passagier, sagte die Linkspartei-Abgeordnete **Angelika Gramkow**. Per Bahn entstünden auf der gleichen Strecke nur 30 Kilogramm. Die Einführung der Kerosinsteuer koste keine Arbeitsplätze, betonte sie. Das zeige das Beispiel der Niederlande, wo die Steuer bereits erhoben wird.

Die Gebühr sei nötig, damit der Wettbewerb mit anderen Verkehrsmitteln um die Passagiere nicht verzerrt wird, sagte **Birgit Schwebs** von der Linkspartei.PDS. Dass auch noch die Fluglinie Laage – München subventioniert wird, sei unverständlich. Wenn die Wirtschaft diese Linie braucht, soll sie ihrer Ansicht nach auch Geld dafür zur Verfügung stellen. In Zeiten knapper Kassen könnten nicht Flugtickets für Wenige gesponsert werden, wenn sich gleichzeitig die Bedingungen für den öffentlichen Nahverkehr zunehmend verschlechterten, sagte die Politikerin.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel**, der seine Rede stellvertretend für Verkehrsminister Otto Ebnet hielt, warnte vor Alleingängen. „Die Besteuerung von Kerosin ist nur im internationalen Rahmen sinnvoll“, sagte er. Generell aber halte er persönlich die Besteuerung von Flugbenzin für richtig. Für die weitere Förderung der Fluglinie nach Bayern spreche die Zeitverkürzung. Mit der Bahn be-

nötige ein Passagier mehr als acht Stunden, per Flugzeug aber nicht mal zwei.

Rudolf Borchert (SPD) kritisierte, dass mit dem Flugverkehr ausgerechnet die klimaschädlichste Fortbewegungsart am meisten begünstigt wird. Er forderte parteiübergreifend einen Umdenkungsprozess. Die Förderung der Fluglinie von Rostock/Laage nach München sei lediglich als Anschubfinanzierung gedacht gewesen. Es müsse nun entschieden werden, ob eine weitere Unterstützung mit Steuermitteln noch gerechtfertigt sei. Deshalb werde seine Fraktion für die Beratung im Wirtschafts- und im Finanzausschuss stimmen.

Eine dauerhafte Förderung könne nicht gewollt sein, sagte auch FDP-Fraktionschef **Michael Roolf**. Nach fünf Jahren muss seiner Meinung nach ernsthaft überlegt werden, die Förderung aufzugeben. Er sprach sich aber klar gegen die Einführung einer Kerosinsteuer aus. Es sollten andere Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden, den Schadstoffausstoß im Flugverkehr zu senken. „Zum Beispiel durch Minimierung der Warteschleifen“, sagte er.

Egbert Liskow (CDU) sprach sich für eine europaweite Besteuerung von Kerosin aus. Die Fluglinie Laage – München soll nach Auffassung der CDU vorerst weiter gefördert werden. Nach drei Jahren sei dann eine Entscheidung fällig.

Für die weitere Subventionierung setzt sich **Birger Lüssow** zufolge auch die NPD ein. Die Fluglinie sei wichtig für die Unternehmen. Die Kerosinsteuer sei „prinzipiell in Ordnung“, aber „nicht im Alleingang“. So lehne seine Fraktion den Antrag zwar inhaltlich ab, stimme aber einer Überweisung zu.

Kerosin

ist ein Kraftstoff für Turbostrahltriebwerke, der bei der Raffinerie von Erdöl gewonnen wird. Bei seiner Verbrennung werden außer Kohlendioxid weitere Stoffe ausgestoßen, die den Treibhauseffekt verstärken. Durch die neue Energiesteuer-Richtlinie der EU haben die EU-Staaten seit dem 1. Januar 2004 das Recht, eine Kerosinsteuer für den inländischen Flugverkehr einzuführen. Umweltschutz- und Verkehrsverbände sehen die Kerosinsteuer als wichtigen Schritt auf dem Weg zur verursachergerechten Besteuerung der klimaschädlichen Effekte des Flugverkehrs und zu fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern.

Landtag fordert bessere Anbindung an EU

Regierung soll Konzept erarbeiten

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat die Regierung aufgefordert, die „Europafähigkeit“ der Landesverwaltung zu verbessern und damit die Position des Landes in Brüssel zu stärken.

„Entscheidungen der EU bekommen zunehmenden Einfluss auf unser Leben. Deshalb



muss die Europakompetenz gestärkt werden“, sagte der SPD-Abgeordnete **Detlef Müller**, als er am 28. März den Antrag der Koalitionsfraktionen ins Parlament einbrachte. Bis Ende des Jahres soll die Regierung ein entsprechendes Konzept vorlegen und dem Landtag vorstellen.

Der CDU-Politiker **Werner Kuhn** verwies auf die Bereitstellung von EU-Fördermitteln. Mecklenburg-Vorpommern kann bis 2013 mit rund 2,5 Milliarden Euro aus Brüssel rechnen. Deshalb müsse frühzeitig sichergestellt werden, dass die Mittel sachgerecht und nachhaltig eingesetzt werden, betonte Kuhn. Zudem gelte es, nach Möglichkeiten zu suchen, auf Gesetzgebungsverfahren in Brüssel Einfluss zu nehmen. Anders als etwa bei der Meldung der FFH-Naturschutzgebiete dürfe sich das Land künftig nicht im „vorausseilenden Gehorsam“ eigener Entwicklungsmöglichkeiten berauben, forderte Kuhn.

Die Abgeordneten regten an, neben den regulären Mitarbeitern der Landesvertretung in Brüssel regelmäßig auch Ministeriumsmitarbeiter aus Schwerin befristet dort einzusetzen.

Der FDP-Abgeordnete **Sebastian Ratjen** verwies auf den großen Konkurrenzkampf um den Einfluss in Brüssel: „Mit Bayern, das ständig 40 Mitarbeiter in seiner Vertretung

beschäftigt, können wir es nicht aufnehmen. Wir müssen genau überlegen, wie wir unser Geld am effektivsten einsetzen.“ Vor überzogenen Erwartungen an eine engere Kooperation im Verbund der Nordländer warnte er. „Wir können uns letztlich nur auf uns selbst verlassen.“

Der Fraktionsvorsitzende der NPD, **Udo Pastörs**, warf den Regierungsfractionen vor, in den vergangenen 17 Jahren geschlafen zu haben. Die Verwaltung hätte längst „europatauglich“ sein können. Dafür setze sich letztlich auch die NPD ein, vor allem, um „deutsches Geld“, das in die Brüsseler Kassen geflossen sei, wieder zurückzuholen. Generell aber habe die NPD nichts übrig für „größtenwahnsinnige Europa-Visionen“. Er bemängelte, „Flucht in die Größe“ sei typisch für die gegenwärtige Politik. Das Konzept der NPD laute, die EU abzuwickeln. Man müsse nur abwarten, bis dieser „aufgeblase- ne Ballon“ von selbst platzt.

Als einzige Fraktion lehnte die Linkspartei.PDS den Antrag geschlossen ab. Deren Abgeordnete **Barbara Borchardt** hält die Vorstellungen der Regierungsfractionen nicht für geeignet, die Probleme zu lösen. „Ich glaube, auch wenn wir ein ganzes Bataillon von Beamten und Inventar nach Brüssel schicken, wird alles nicht europatauglicher.“ Wichtig sei dagegen, so früh wie möglich auf Gesetzgebungsverfahren und Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene Einfluss zu nehmen. Sowohl der Landtag als auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes müssten dabei künftig mehr einbezogen werden. Den Antrag aber, so Borchardt an SPD und CDU, „hätten Sie sich sparen können“.

Imagekampagne für Freiwillige Feuerwehren

Ehrenamt soll gestärkt werden

Für Mecklenburg-Vorpommerns Freiwillige Feuerwehren plant der Landtag eine Imagekampagne. Konkretes dazu soll im Innen- und im Finanzausschuss besprochen werden, beschloss das Parlament am 29. März. Einbezogen werden sollen dabei auch der Landesfeuerwehrverband, die Kommunen und die Landkreise. Die Abgeordneten stimmten damit mehrheitlich einem Antrag der Koalitionsfraktionen zu. Ein Änderungsantrag der Linkspartei.PDS wurde abgelehnt.

„Es brennt bei den Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land“, umschrieb **Wolf-Dieter Ringguth** (CDU), der den Antrag einbrachte, die Situation. Die Feuerwehren litten unter akutem Personalmangel. So verzeichneten allein die Jugendfeuerwehren 2006 einen Rückgang von rund 1.000 Mitgliedern im Vergleich zum Vorjahr. Zum einen sei der Geburtenrückgang ein Grund für den Mitgliederschwund. Oft würde aber auch das ehrenamtliche Engagement nicht genug von den Arbeitgebern unterstützt. Das gelte sowohl für die Privatwirtschaft als auch für den öffentlichen Dienst. Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren müssen

Ringguth zufolge beispielsweise einen Teil ihres Jahresurlaubs nutzen, um Weiterbildungskurse für das Ehrenamt zu belegen. Er forderte die Arbeitgeber auf, die Feuerwehrleute vom Dienst freizustellen. „Es geht um die Rettung von Menschenleben“, betonte er. In der Öffentlichkeit müsse erkannt werden, mit welchem Engagement sich ehrenamtliche Retter täglich für das Wohlergehen aller einsetzten.

Nach Worten von Innenminister **Lorenz Caffier** denkt der Landesfeuerwehrverband bereits über eine Kampagne zur Gewinnung von Nachwuchs nach. Auch er appellierte an die Arbeitgeber: „Die ersten Helfer vor Ort, auch in Ihren Betrieben, sind in der Regel die Freiwilligen Feuerwehren, für die Sie Mitarbeiter freistellen.“ Unklar ist noch die Finanzierung der angestrebten Kampagne. Caffier sagte, es bedürfe einer haushalterischen Begleitung, „über deren Unterstützung wir

dann an anderer Stelle werden reden müssen“.

Die Freiwilligen Feuerwehren seien neben den Berufsfeuerwehren unverzichtbarer Bestandteil des Brandschutzes, unterstrich auch **Peter Ritter** (Die Linkspartei.PDS). Doch mit „Bitten“ an die Landesregierung, das Ehrenamt zu unterstützen, sei es nicht getan. „Wir fordern mit unserem Antrag die Regierung zum Handeln auf“, begründete er den Änderungsantrag. Eine Imagekampagne allein kann seiner Meinung nach das Problem nicht lösen. So müssten beispielsweise Personalengpässe an der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz beseitigt werden. Nötig ist seiner Auffassung nach auch ein Gesetz, das Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern generell festlegt.

Heinz Müller (SPD) sprach sich für eine Novelle des Brandschutzgesetzes aus. Er regte an, die Brandschutzerziehung auch an den Schulen anzubieten, beispielsweise in Arbeitsgemeinschaften. So würden jungen Leuten zudem Werte vermittelt, die der Ge-



meinschaft zugute kommen. Die Arbeit in den Freiwilligen Feuerwehren darf seiner Meinung nach nicht den undemokratischen Kräften überlassen werden.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs** nannte den Antrag „heuchlerisch“. Den Rückgang um 1.000 Mitglieder lastete er den demokratischen Parteien an. „Sie sind weg wegen Ihnen und wegen des maroden Systems, das Sie verkörpern.“ Die Förderung des Ehrenamtes sei für das Gemeinwohl nötig. „Wir Nationale“, betonte er, „haben etwas für die Gemeinschaft übrig.“ Den Antrag werde seine Fraktion aus „grundsätzlichen Erwägungen“ ablehnen.

Gino Leonhard (FDP) sprach sich dagegen für eine Überweisung des Koalitionsantrages aus. Als ehemaliger Bürgermeister wisse er, wie nötig die Arbeit der ehrenamtlichen Feuerwehrleute ist. „Wir wollen die Diskussion darüber im Innenausschuss“, sagte er.

Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der EU

Boulevard St. Michel 80
B-1040 Brüssel

E-Mail: p.goetz@mv-office.de
<http://www.mv-office.eu>

Leiter: Dr. Reinhard Boest

Haushaltsrechnung 2004 bestätigt

Landtag entlastet Landesregierung

Der Landtag hat in seiner 14. Sitzung am 28. März 2007 die Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2004 bestätigt und damit der Landesregierung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2004 Entlastung erteilt.

Zugleich wurde auch der Jahresbericht des Landesrechnungshofes 2006 angenommen. In seiner Prüfung der Unterlagen hat der Landesrechnungshof den erkennbar positiven Trend der Haushaltssituation des Landes, gekrönt mit dem ausgeglichenen Haushaltsabschluss 2006, gewürdigt und begrüßt, dass die Landesregierung erstmals im Jahr 2009 ohne neue Kredite auskommen möchte. Trotzdem hat er auf gewichtige finanzwirtschaftliche Indikatoren wie Verschuldungssituation, Investitionstätigkeit und Einhaltung der Regelkreditobergrenze, Verwendungsquoten der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und Konsolidierungsbedarf bei den laufenden Ausgaben verwiesen und aufgefordert, in den Konsolidierungsbemühungen nicht nachzulassen.

Landtag befasst sich mit Volksinitiative „Pro Jura“

Antrag wird
in Ausschüssen beraten

Der Landtag wird sich weiter mit der Volksinitiative gegen die geplante Umwandlung des Studiengangs Jura an der Universität Rostock befassen. Die Abgeordneten überwiesen den Antrag der Initiative am 29. März einstimmig in den Bildungs- und mit großer Mehrheit zudem in den Wirtschaftsausschuss. Die Vertreter der Volksinitiative fordern unter anderem, dass die Uni Rostock selbst entscheiden kann, welche Studiengänge und Forschungsschwerpunkte sie anbietet.

Die Redner der großen Fraktionen SPD, CDU und Linkspartei.PDS machten aber deutlich, dass sie hinter dem Kompromiss von Landesregierung und Universität stehen, der kürzlich gefunden wurde. Dieser sieht eine Umwandlung des Studienganges weg von der

Volljuristenausbildung hin zu einem kombinierten Studiengang Betriebswirtschaftslehre/Jura vor. Zugleich wird die Zahnmedizin erhalten. Die Initiatoren der Volksinitiative hatten 18.000 Unterschriften gegen die Schließung der juristischen Fakultät gesammelt. Nötig sind 15.000, um ein Anliegen in den Landtag zu bringen.

Bildungsminister **Henry Tesch** verwies in der Debatte darauf, dass der Konflikt zwischen Landesregierung und Universität, auf den die Volksinitiative zurückgeht, inzwischen beigelegt wurde. Jetzt richte sich die Forderung der Antragsteller im Endeffekt auch gegen die aktuelle Entscheidung des Senats der Universität Rostock selbst. Die Fragen um die Zukunft des juristischen Studienganges seien geklärt.

Auch **Heike Polzin** (SPD) hält die Volksinitiative inzwischen für überholt.

Der bildungspolitische Sprecher der Linkspartei.PDS, **Andreas Bluhm**, wies darauf hin, dass die Schließung der Rechtswissenschaften nicht, wie von der Volksinitiative erhofft, abzuwenden sei. Das sei Ergebnis der Mediationsgespräche, dem auch das nun von der CDU geführte Bildungsministerium zustimmte, obwohl die CDU noch im Wahl-



Sommer 2005: Studenten protestieren vor dem Landtag gegen die Schließung von Studienrichtungen an den Universitäten und Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern.

kampf versprochen habe, die juristische Fakultät in Rostock zu erhalten. Die PDS dagegen bleibe bei ihrer mehrheitlich beschlossenen Linie, die Entscheidungen zur Änderung des Landeshochschulgesetzes mitzutragen.

Der Abgeordnete **Michael Andrejewski** betonte, die NPD unterstütze das Anliegen der Volksinitiative.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde die Drucksache zur Beratung in den Bildungsausschuss, auf Antrag der FDP außerdem in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Landtags-Präsidium aus NRW zu Gast



Am 25. und 26. April weilte das Präsidium des Landtages Nordrhein-Westfalen zu einem Informationsbesuch im Landtag M-V. Bei den Gesprächen im Schweriner Schloss ging es unter anderem um die neue Zusammensetzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern nach den Wahlen vom September 2006 und um die Hauptthemen der Parlamentsarbeit in den kommenden Monaten. Ein weiterer Schwerpunkt des Informations- und Erfahrungsaustausches zwi-

schen den Parlamentariern war das Thema „Jugend und Parlament“.

v.l. **Edgar Moron** (SPD), 1. Vizepräsident NRW; **Oliver Kaymis** (GRÜNE), 2. Vizepräsident NRW; **Sylvia Bretschneider**, Landtagspräsidentin M-V; **Andreas Bluhm**, 2. Vizepräsident M-V; **Regina van Dinther** (CDU), Landtagspräsidentin NRW; **Angela Freimuth** (FDP), 3. Vizepräsidentin NRW; **Hans Kreher** (3. Vizepräsident M-V). (Nicht auf dem Foto: **Renate Holznagel**, 1. Vizepräsidentin M-V)

Null Promille und Tempolimit auf unseren Straßen?



Birgit Schwebs
verkehrspolitische Sprecherin
der Linkspartei.PDS-Fraktion

Pro

Die Fraktion der Linkspartei.PDS setzt sich schon seit vielen Jahren für mehr Sicherheit im Straßenverkehr ein. Dazu gehören sowohl die Einführung einer allgemeinen Null-Promille-Grenze als auch ein Tempolimit auf Autobahnen.

Fahren unter Alkoholeinfluss ist eine der häufigsten Ursache für Verkehrsunfälle mit verheerenden Folgen – unabhängig von der individuellen Fahrpraxis und jahrelanger Erfahrung am Steuer. Mehrere Tausend Tote und verletzte Unfallopfer jährlich sind eine Schreckensbilanz, die eigentlich keiner weiteren Handlungsaufforderung bedarf. Es ist aus meiner Sicht fahrlässig, öffentlich immer wieder darzustellen, dass eine längere individuelle Fahrpraxis die Wirkung von geringen Mengen Alkohol auf die Fahrtüchtigkeit kompensieren könnte. Das ist nachgewiesenermaßen falsch. Deshalb muss endlich Schluss sein mit der unsinnigen Diskussion, ob ein oder zwei Glas Bier oder Wein das Fahrverhalten beeinträchtigen. Ohne Wenn und Aber kann die Entscheidung nur heißen: entweder trinken oder fahren.

Ebenfalls erwiesen ist, dass ein Tempolimit auf Autobahnen die Unfallhäufigkeit senkt. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h trägt zur Reduzierung des Unfallgeschehens bei – insbesondere die Zahl der Verletzten sinkt. Das zeigt sich an den Stellen, an denen eine Höchstgeschwindigkeit durchgesetzt wurde. Ein generelles Tempolimit ermöglicht nachhaltig flüssigen Verkehr, weil weniger Brems- bzw. Beschleunigungsvorgänge notwendig wären – auch mit der Folge geringerer Lärmbelastungen für die Anwohner.

Im Übrigen: In allen europäischen Ländern gibt es Geschwindigkeitsbegrenzungen, nur in Deutschland gilt immer noch das unzeitgemäße „Freie Fahrt“. Dies führt u.a. dazu, dass Kfz-Fahrer aus anderen EU-Ländern in Deutschland auf für sie ungewohnte Verkehrsverhältnisse mit extremen Spitzengeschwindigkeiten treffen, wodurch sich erhebliche Verkehrsrisiken ergeben. Und deutsche Autobahnen werden zum Treffpunkt notorischer Raser, die ihr eigenes und das Leben anderer aufs höchste gefährden.

Da der Kraftstoffverbrauch mit der Erhöhung der Geschwindigkeit überproportional steigt, würde ein allgemeines Tempolimit auch spürbar zur Reduzierung von Emissionen beitragen. Vor dem Hintergrund der weltweiten Diskussion um den Klimaschutz wäre dies ein konkreter Beitrag, den gefährlichen Ausstoß von Treibhausgasen zu senken.

Kontra

Jochen Schulte
verkehrspolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion



Die Einführung einer Null-Promille-Grenze für Fahranfänger ist ohne Zweifel ein wichtiger Schritt, die bedauerlich hohe Anzahl von Verkehrstoten zu senken – gerade in der gefährdeten jungen Altersgruppe. Um die Nachhaltigkeit einer Neuregelung zu gewährleisten, ist aber eine Initiative im Bundesrat notwendig, über deren Erfolgchancen nur spekuliert werden kann. Eine Regelung beschränkt auf die Altersgruppe bis 21Jahre lehne ich hingegen als gesellschaftlich nicht ausgewogen ab.

Ähnlich verhält es sich auch mit einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen. Tempolimits auf deutschen Autobahnen haben sowohl theoretisch als auch praktisch nicht den von den Befürwortern erhofften Erfolg gebracht. Bestehende Tempolimits und Statistiken der Polizei und Versicherungen belegen, dass nicht die all-

gemeine Höchstgeschwindigkeit, sondern das menschliche Versagen im Einzelfall Unfälle erzeugt. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung von z. B. 120 km/h kann nicht vor Aquaplaning, Übermüdung, Eisglätte oder schlicht Unachtsamkeit schützen. Hinzu kommen Faktoren wie Verkehrsdichte und Straßenzustand.

Aktives Verkehrsmanagement, z. B. Wetter- und Nebelwarnsysteme, ist meiner Meinung nach das Stichwort, denn nur so können Ver-

kehrsteilnehmer durch situationsbezogene Geschwindigkeitsbegrenzungen geschützt werden. Daneben steht immer der Appell an Vernunft und Freiwilligkeit, denn was nützen generelle Limits, wenn das Wetter Kapriolen schlägt?

Auch aus statistischen Vergleichen ergibt sich keine Notwendigkeit für eine generelle Geschwindigkeitsreduzierung. Denn verglichen mit den nationalen Unfallzahlen zählen die Autobahnen noch immer zu den sichersten Straßen in Deutschland. Einen EU-weiten Vergleich muss man ebenso wenig scheuen. Denn auch die angeführten ausländischen Tempolimits belegen keinen signifikanten Vorteil in deren Unfallstatistik. Deutschland schneidet sogar besser ab als manches EU-Nachbarland.

Das Umweltbundesamt hat im Übrigen schon vor einigen Jahren, damals noch vor dem Hintergrund älterer Fahrzeugtechnologie, festgestellt, dass sich der Mehrausstoß von CO₂ zwischen Tempolimit und unbegrenzter Fahrt bei nicht einmal einem Prozent bewegt. Geht man davon aus, dass die technische Entwicklung weiter gegangen ist, dürfte sich diese Zahl inzwischen egalisiert haben.

Null-Promille und ein Tempolimit auf Autobahnen forderte die Linkspartei.PDS-Fraktion in der Landtagssitzung am 29. März. Nach kontroverser Debatte wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den Verkehrs- und in den Innenausschuss überwiesen.

Studie soll Folgen des Klimawandels für den Nordosten untersuchen

Landtag erteilte Regierung Auftrag für Untersuchung

Die Auswirkungen des befürchteten Klimawandels auf Mecklenburg-Vorpommern sollen wissenschaftlich untersucht werden. Neben der Temperaturentwicklung sollen in der Studie die Folgen etwa für den Küstenverlauf, den Grundwasserspiegel und die Gesundheitsvorsorge prognostiziert werden. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern erteilte der Regierung in einer Debatte zum Klimaschutz am 29. März mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und FDP einen entsprechenden Auftrag. Die Studie soll bis März nächsten Jahres vorgelegt werden. Bis Ende 2008 soll dann auf der Basis dieser Studie der Aktionsplan der Landesregierung zum Klimaschutz fortgeschrieben werden. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte im Wortlaut.

Dr. Gottfried Timm, SPD:

„Wissenschaftliche Analyse auf den Weg bringen“



„[...] Die britische Regierung [...] hat bei Nicolas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank, eine Studie in Auftrag gegeben [...], die ökonomischen Folgen eines ungebremsten Klimawandels für die Weltwirtschaft zu ermitteln. Stern kommt zu dem fatalen Ergebnis, dass es zu wirtschaftlichen Verlusten von weltweit 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes kommen wird. [...] Diese verheerenden Entwicklungen können verhindert werden mit [...] einem Betrag von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes als Investition in aktiven Klimaschutz, vor allem in Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger.

Herunter gebrochen auf unser Bundesland [...] sehen diese Zahlen wie folgt aus: Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 32 Milliarden Euro würden wir einen Verlust von 6 Milliarden Euro jährlich hinnehmen müssen, wenn es uns nicht gelingt [...] 300 Millionen Euro [...] für den Klimaschutz zu investieren. [...]

Allerdings sind die anderen Gebiete der Welt damit leider noch nicht angesprochen. Darum – ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes weltweit in aktiven Klimaschutz zu investieren, McKinsey hat soeben ausgerechnet, dass dies sogar mit Gewinnen für die Unternehmen und mit Einsparungen für die privaten und öffentlichen Haushalte verbunden ist.

Unser Antrag [...] will also eine wissenschaftliche Analyse auf den Weg bringen, die, bezogen auf unser Landesgebiet, die Grundlagen schaffen soll für eine an den Klimaschutzziele ausgerichtete aktive Energie- und Wirtschaftspolitik, Landesentwicklung und Raumordnung, Agrar- und Forstwirtschaft, für Küstenschutz und Gesundheitsvorsorge. [...] Die Aufgabe besteht darin [...] ein geschlossenes Konzept mit Benennung der notwendigen Immissionsanteile und Instrumentarien zu deren Minimierung zusammenzutragen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und Heinz Müller, SPD)

[...] Für unser Bundesland ist an und für sich das Thema Klimaschutz auch insofern ein Zukunftsthema, weil wir aufgrund unserer geopolitischen Lage sehr gute Voraussetzungen auch für Technologieexport im Bereich der Bioenergie und Windenergie haben. [...]

Minister Jürgen Seidel:

„Klimaschutz ist Zukunftspolitik“



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Klimaschutz und Klimawandel [...] sind Themen, die die Menschen landesweit derzeit sehr stark bewegen. Die Zeichen für einen Klimawandel sind auch inzwischen überall sichtbar und erkennbar. [...] ich sehe es als eine der wichtigsten Aufgaben an, Klimaschutz [...] voranzubringen im Wissen, dass dies eine über die Ministerien übergreifende Aufgabe der gesamten Landesregierung ist und wir aufgerufen sind, die positiven Effekte, die sich für Mecklenburg-Vorpommern ergeben können, zu nutzen.

Deswegen halte ich es trotzdem für wichtig, auch festzustellen, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Klimaschutz und Klimawandel einiges erreicht hat, aber zugegebenermaßen längst nicht alle Potenziale ausgeschöpft sind. Mir ist es schon wichtig, dass sich bereits seit 1997 die Landesregierung dieses Landes zum Klimaschutz bekannt hat und ein Klimaschutzkonzept erstellt wurde. Aufgrund der Struktur unseres Landes haben wir immerhin einen bundesweit einmaligen Anteil der erneuerbaren Energie an der Nettostromerzeugung von 34 Prozent. Kohlendioxidbilanzen werden bei uns kontinuierlich erstellt. Die Fortentwicklung des Aktionsplans zum Klimaschutz steht im Zusammenhang mit der Strategie „Energierland 2020“ in unserem Lande.

[...] In meinen Augen ist Klimaschutzpolitik auch Zukunftspolitik, und wer sich heute im Klimaschutz engagiert, der investiert in langfristig innovative Technologien und trägt natürlich zur Sicherung der Energieversorgung bei.

Für die jungen Technologien besteht aktuell und in absehbarer Zukunft [...] ein hoher Forschungs- und Entwicklungsbedarf. Die intensive und breite Anwendung und damit die technologische Weiterentwicklung begann erst so richtig in den letzten zwei Jahren. Ich will hier als Beispiel [...] das in Neustadt-Glewe angewandte ORC-Verfahren erwähnen, eine Frage der Energiegewinnung durch Verdampfung von Flüssigkeiten in Verbindung mit geothermischer Nutzung. Die Windenergienutzung zur Stromerzeugung war vor 20 Jahren genauso wie die Sonnenenergienutzung nur in Nischen angesiedelt. Inzwischen haben wir im Lande an die 2.000 Arbeitsplätze allein im Bereich der Windenergie. In jedem Fall ist es notwendig, innovative Ideen und Entwicklungen schnell in die Praxis zu überführen und die Rentabilität zu verbessern, Kostenminderungspotenziale auszuschöpfen.

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS: Richtig.)*

[...] Es ist aber auch absehbar, dass sich die weltweite Situation weiter verschärfen wird, da insbesondere die Ölreserven in politisch brisanten oder klimatisch anspruchsvollen Regionen liegen. [...]

Ich will drei wesentliche Beispiele erwähnen, in denen wir Potenziale sehen, die in Mecklenburg-Vorpommern auch effektiver genutzt werden können:

1. der Bereich der Energieeinsparung, also alles, was mit Abschalten unnötiger Wärmeerzeugung oder [...] mit Geräten [...] – das kennen Sie aus dem eigenen Haushalt – zu tun hat,
2. die Steigerung der Energieeffizienz, zum Beispiel in die Optimierung von Heizungsanlagen, die Nutzung von Abwärme zu Heiz- und Kühlzwecken, effektive Lichtsysteme und Anlagentechnik in Unternehmen,
3. die Nutzung erneuerbarer Energien, die Integration in Planung von Gebäuden, die Einbeziehung in die Gebäudetechnik, Solarthermie, Photovoltaik, geothermische Nutzung, Biomassenutzung [...]

Zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen, Kommunen, Vereinen und Verbänden wurden für die Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 insgesamt 25 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. [...]

Meine Damen und Herren, die systematische Bewertung der regionalen Klimafolgen erfolgt derzeit in meinem Hause. Hierzu wurden nach einem Interessenbekundungsverfahren im Juni 2006 insgesamt sieben Facharbeitsgremien gebildet. Ihnen gehören Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen des Landes, Vertreter der Landesbehörden und interessierte Ingenieurbüros an. Es sind

Hauptuntersuchungsgebiete in folgenden Bereichen: Energie, Verkehr, Ostseeküstenschutz, Wasserwirtschaft, Gesundheit, Biodiversität, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Regionalentwicklung und Tourismus. Ziel [...] ist es, potenzielle positive und negative Auswirkungen des Klimawandels zu erkennen, um der Landesregierung daraus Handlungsempfehlungen vorzuschlagen. Wir erwarten die Berichte zum Ende des Jahres 2007. [...] Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, rechtzeitig Vorsorgemaßnahmen zur Anpassung der sich verändernden klimatischen Bedingungen einzuleiten. Nur so sind die mit dem Klimawandel verbundenen Kosten zu minimieren.

Ich begrüße dementsprechend auch den Antrag, der hier heute vorliegt, einen aktualisierten Aktionsplan für den Klimaschutz bis zum Dezember 2008 zu erarbeiten. [...] Ich werde auch alle Betroffenen einladen, sich an der Überarbeitung zu beteiligen, denn Klimaschutz und Klimawandel erfordern [...] ein interdisziplinäres Herangehen. Die Begleitung dieses Themas erfolgt ressortübergreifend, auch über eine interministerielle Arbeitsgruppe. [...] Wir müssen uns allerdings, das will ich gern zugeben, intensiv in die Spur begeben und hier an den Dingen weiterarbeiten, damit wir die hier gestellten Termine wirklich einhalten können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Dr. Henning von Storch, CDU: „Marktkräfte für den Klimaschutz mobilisieren“



„Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sowohl Herr Kollege Dr. Timm als auch Herr Minister Seidel haben eigentlich das Wesentliche gesagt, sodass ich das, was ich hätte sagen wollen, kurz fassen kann, um noch einmal auf einige wenige Gesichtspunkte hinzuweisen.

Wir wissen, dass es unserer Bundeskanzlerin in der EU-Politik gelungen ist, die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein gemeinsames Klimahandlungskonzept einzuschwören. Und das ist der erste ernsthafte Handlungsrahmen hierfür bei uns in Europa.

Auf die Studie der Vereinten Nationen ist bereits hinreichend eingegangen worden. Wir wissen aber auch, dass aus dem noch nicht veröffentlichten Teil der UN-Studie der Menschheit nicht einmal mehr 15 Jahre bleiben, um durch Klimaschutzmaßnahmen unumkehrbare Prozesse zu verhindern. Und ich unterstelle, dass die Aussagen im Kyoto-Protokoll uns allen bekannt sind.

Ich hatte gerade Gelegenheit, meine Kolleginnen und Kollegen, an einer Tagung in Potsdam zum Thema Klimawandel unter Federführung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung teilzunehmen. Dort ist sehr eingehend auch all das gesagt worden, was hier Gegenstand unserer Diskussion ist. Der Chefökonom dieses namhaften Instituts in

Potsdam hat allerdings vor übertriebenem Dirigismus gewarnt. Er sagte, die Politik muss den Menschen nicht vorschreiben, welche Autos sie kaufen, welchen Sprit sie tanken sollen. Ihre Aufgabe ist es, klar zu signalisieren, dass die Immissionen gesenkt werden müssen, und sie muss die Marktkräfte für den Klimaschutz mobilisieren.

*(Beifall Hans Kreher, FDP –
Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS:
Das wird wohl nicht reichen.)*

Meine Damen und Herren, das ist eine Warnung, dass wir uns nicht in engmaschigem Dirigismus verstricken sollten. Wir glauben, dass mit unserem Antrag ein wichtiger und guter Beitrag für die Bewertung des Klimaschutzes und für das, was wir tun sollen, in unserem Land getan wird. Eine wissenschaftlich fundierte Studie dient der Versachlichung der Diskussion. Und wir müssen in unserem Land darüber nachdenken, wie wir mit der Grundlagenforschung für den Klimaschutz umgehen.

Meine Damen und Herren, da gab es vor 14 Tagen in einer überregionalen Zeitung einen Hinweis darauf, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft den Leibniz-Preis, den höchstdotierten Wissenschaftspreis in Deutschland, mit 2,5 Millionen Euro an den Klimaforscher Gerald Haug vom Geoforschungszentrum Potsdam verliehen hat. Die-

ser hohe Preis steht für Forschungszwecke in Deutschland zur Verfügung. Mit diesem Preis hat die DFG neben der Würdigung des Forschers der Bedeutung des Klimaschutzes Rechnung getragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Preisgeld bleibt in Deutschland, der Forscher geht ins Ausland – wieder ein Forscher, der im Ausland bessere Bedingungen für die Grundlagenforschung findet. Der Preisträger Haug ist zu dem Ergebnis gekommen, dass er seine Kreativität für die Klimagrundlagenforschung besser in der Schweiz verwirklichen kann. Er geht zur ETH nach Zürich,

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS: Gute Adresse.)*

die ihm ein interessantes Angebot gemacht hat, sodass er sogar daraufhin den Ruf an eine amerikanische Eliteuniversität ausgeschlagen hat. Er hat wörtlich in einem Presseinterview gesagt: ‚Ich habe mich bewusst für Europa entschieden. ... Nicht gegen Deutschland, aber gegen einige deutsche Zustände.‘ Er beschreibt die Zustände in unserer Forschungslandschaft mit „Unfreiheit“ und sagt wörtlich: ‚Um wirklich als Grundlagenforscher gut arbeiten zu können, braucht man viel Freiheit.‘ Doch gerade daran mangle es heute in der Forschungsorganisation. Genügend Geld zu bekommen, um Geräte und Mitarbeiter zu bezahlen, sei das Eine, noch wichtiger sei es aber, nicht ständig in einer irrwitzi-

gen Relevanzdebatte gegängelt zu werden. Typisch deutschen Dirigismus erlebe er fast jeden Tag. Die Forschungsbürokratie, sagt er, verschlingt einen wesentlichen Teil seiner Arbeitszeit. Bis zu siebzig Prozent jedes Tages gehen mit Berichten, Gremiensitzungen, Formularen drauf. Wer das nicht von innen kennt, könne es kaum glauben.

*(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder ein Aderlass für die deutsche Forschung, diesmal in dem so wichtigen Bereich der bereits diskutierten Klimagrundlagenforschung. Dieser Fall, meine ich, muss uns besonders nachdenklich machen. Wir werden uns im Bereich der Forschung fragen müssen, ob wir genügend tun, um auch in der Klimaforschung exzellente Forscher in Deutschland zu halten.

Meine Damen und Herren, es liegt uns ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS vor. Wir sind der Auffassung, dass wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen können. Das, was wir mit unserem Antrag wollen, ist inhaltlich voll zum Ausdruck gebracht worden. Wir halten den Änderungsantrag für überflüssig.

*(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Na, na, na!)*

Danke schön.“

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: „Es muss endlich gehandelt werden!“



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme Kollegen Timm fast wörtlich in seinen Ausführungen zu, trotzdem habe ich erhebliche Kritiken an Ihrem Antrag. Im Unterschied zu Herrn Dr. von

Storch bin ich der Auffassung, dass eben gerade Ihr Antrag nicht den Anforderungen entspricht.

*(Beifall bei Abgeordneten der
Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)*

Ihr Antrag ist in der jetzigen Form überflüssig, weil das, was Sie fordern, bereits getan wird. Von Ihrem Antrag gehen zwei sehr unterschiedliche Botschaften aus. Eine gute: Die Koalitionsfraktionen nehmen sich endlich des Themas Klimaschutz an, denn in der Koalitionsvereinbarung habe ich selbst beim dritten Durchlesen diesen Begriff nicht gefunden.

*(Zurufe von Helmut Holter,
Die Linkspartei.PDS,
und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)*

Die schlechte Nachricht, die schlechte Botschaft, die mit Ihrem Antrag verbunden ist, ist, dass Sie offensichtlich nicht verstanden haben, was wirklich notwendig ist.

*(Beifall Angelika Gramkow,
Die Linkspartei.PDS)*

[...] Und wenn Sie eine wissenschaftliche Studie fordern, will ich darauf hinweisen, dass es davon en masse gibt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Natürlich muss man immer weiter untersetzen, aber Ihr Antrag geht so in diese Richtung, lasst uns mal wissenschaftliche Studien machen, damit wir wissen, was wir tun müssen. Über einen solchen Zustand sind wir längst hinaus [...] Auch die Fortschreibung des Aktionsplanes „Klimaschutz“ ist eine sehr richtige Forderung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Allerdings hat die Landesregierung das bereits beschlossen, als sie den Aktionsplan

„Klimaschutz“ im Jahre 2005 vorgelegt und verabschiedet hat.

*(Beifall bei Abgeordneten der
Linkspartei.PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)*

Es ist so was von selbstverständlich, dass das als eine ständige Aufgabe wahrzunehmen ist. Sie sollten schnellstmöglich zur Kenntnis nehmen, welche wissenschaftlichen Studien bereits vorliegen [...] Aus dem letzten Jahr gibt es eine Studie einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe des wissenschaftlichen Beirates des Umweltministeriums. Danach hat es eine Delphi-Studie gegeben, die jetzt vorgelegt wurde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es gibt Studien des Potsdamer Institutes, des Hamburger Institutes für Klimafolgenforschung beziehungsweise Meteorologie. Es

gibt eine Studie des Institutes für Ostseeforschung Warnemünde, also zahlreiche Studien [...] Das Wichtigste, meine Damen und Herren, vermissen wir, nämlich sofort zu handeln. Und das ist die Schizophrenie der Politik im Moment in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern!

*(Beifall bei Abgeordneten der
Linkspartei.PDS und Udo Pastörs, NPD)*

Alle sagen, was zu tun ist, aber sie tun es nicht. Es muss endlich gehandelt werden! Man muss zusätzliche CO₂-Emissionen vermeiden. Man muss zusätzliche Klimakiller vermeiden. Und dann muss man wirklich ernst die Frage stellen: Was ist mit dem Steinkohlekraftwerk in Lubmin?

*(Beifall Udo Pastörs, NPD –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Sehr richtig, sehr richtig.)*

Sieben Millionen Tonnen CO₂ sollen emittiert werden. Wissen Sie, wie wenig wir im Vergleich in der Vergangenheit eingespart haben? [...] Wir müssen den Energieverbrauch senken. Sehr richtig. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energie befördern [...] Sie sollten aber nicht ignorieren, was bereits an Erkenntnissen und Plänen vorliegt, und vor allen Dingen müssen Sie endlich konsequent und sofort handeln.

*(Beifall bei Abgeordneten der
Linkspartei.PDS)*

Deswegen haben wir den Änderungsantrag vorgelegt, der aus unserer Sicht notwendig ist, damit Ihr Antrag eine entsprechende Qualität bekommt. – Danke schön.“

Sigrun Reese, FDP:

„Das Rad nicht zweimal erfinden“



„[...] Angeheizt von Unheil verheißenden Schlagzeilen „Wir haben noch 13 Jahre, um die Erde zu retten.“ sind plötzlich alle „grün“. Nun hat das CO₂-Fieber auch Mecklenburg-Vorpommern erreicht. [...] Um das klar zu sagen: Auch wir Liberalen sind nicht gegen Klimaschutz.

*(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS)*

Klimaschutz und Klimawandel sind aber nicht erst seit Kurzem bekannt. Der Mensch verändert und beeinflusst seine Umwelt seit seiner Entwicklung und natürlich besteht akuter politischer Zeitverzug bei der Behand-

lung dieses Themas. Wir wollen allerdings vor blindem Aktionismus warnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

[...] Wir Liberalen stehen Ihrer hier geforderten Studie grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings fordern wir Sie auf, gezielt Augenmerk auf die Kosten und die Vergabe fortführender Studien zu legen. [...] bereits gewonnene Erkenntnisse [...] sind mit einzuarbeiten. Das Rad sollte an dieser Stelle nicht zweimal erfunden werden.

*(Beifall bei Abgeordneten der FDP und
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –
Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS: Richtig.)*

[...] die Fortschreibung des Aktionsplanes, welcher [...] schon eine beachtliche Historie aufweist, wird von uns begrüßt.

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS:
So alt ist er nicht, von 2005.)*

1997 als Klimaschutzkonzept entstanden

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS: Richtig.)*

und in 2005 in den Aktionsplan umgewandelt mit der Zielstellung, [...] in diesem Jahr

eine erste Auswertung zur Umsetzung [...] vorzustellen. Ich hätte es für sinnvoll erachtet, von Ihnen zuerst über die bislang vorliegenden Ergebnisse informiert zu werden,

*(Beifall bei Abgeordneten der FDP und
Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS)*

um dann [...] an einer Fortschreibung [...] festzuhalten, in der Hoffnung, dass dann [...] ein mit konkreten Maßnahmen umrissener [...] Aktionsplan vorliegt. [...] Die Fraktion der FDP setzt sich für eine aktive Begleitung des Klimaschutzes ein. Wir sollten aber nicht nur die Horrorszenarien vor uns haben, sondern [...] die Chancen ergreifen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Marktchancen, die der Wandel [...] mit sich bringt [...]. Lassen Sie uns die [...] Phase des Strukturwandels dahin gehend nutzen, dass unser Land in jeder Hinsicht auf der Gewinnerseite sitzt,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

die Inseln Mecklenburg-Vorpommerns letztendlich nicht in der Ostsee versinken und zusätzlich im Bereich der Umwelttechnologien weitere neue Arbeitsplätze entstehen können. [...].“

Raimund Borrman, NPD:

„Sandkastenspiel innerhalb der Betonarchitektur“



„[...] Die [...] Frage [...] ist nicht, ob sich das Klima ändert, sondern wie wir selbst durch unser Eingreifen in die Natur eine Veränderung herbeiführen und ob und wie wir befähigt sind, uns diesen Veränderungen anzupassen.“

[...] Die etablierten Parteien im Lande haben eine gesplante Einstellung und handeln widersprüchlich. Sie [...] schwärmen vom Wachstum ohne Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, sie preisen den Wohlstand für alle und können mit dem bestehenden System keine nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen die Verarmung durchsetzen. [...] durch die Politik der etablierten Oligarchien sind weltweit agierende Wirtschaftsstrukturen entstanden. Diese Unternehmensnetze [...] sind zu Vagabunden des Globus mit radikaler Gewinnerzielung transformiert. Gegen diese Netzwerke nehmen sich die Erkenntnisse des politischen Systems über Klimaveränderungen und Maßnahmen zum Klimaschutz nur wie ein Sandkastenspiel innerhalb der Betonarchitektur aus.

[...] Die Politik der etablierten Parteien in Deutschland führt zu keinem [...] Abbruch

der Tendenzen, die uns in eine Katastrophe führen [...]

Die Forderung der Nationaldemokraten [...]:
a) Oberstes Gebot sind die Regionalisierung der Wirtschaft und die Sicherung der Ökonomie des Landes [...]. So viel regional wie möglich, so wenig überregional wie nötig. [...]

b) [...]

c) Wir müssen unsere Bevölkerung auf die Auswirkungen klimatischer Veränderungen vorbereiten und ihre Lebensgrundlagen schützen.

[...] Wir Nationaldemokraten lehnen die vorliegende Beschlussvorlage als Unsinn ab. Wir brauchen keine wissenschaftlichen Gutachten. [...] Statt eines professoralen Arbeitsbeschaffungsprogramms legen Sie lieber ein neues Deichschutzprogramm [...] auf.“

Minister Dr. Till Backhaus:

„Mecklenburg-Vorpommern ist auf gutem Weg“



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz, Klimaentwicklung, Artenvielfalt, das sind Themen, die uns in den letzten Monaten immer wieder beschäftigt haben. Aus meiner Sicht [...] sind aktiver Klimaschutz, aktive Artenvielfalt und Ökologie soziale Verantwortung und Friedenspolitik in einem. [...]

Mecklenburg-Vorpommern [...] ist es in den letzten Jahren, was den Klimaschutz, den Klimawandel anbetrifft, gelungen, entscheidende Weichen zur Reduzierung zu stellen. [...] Die erneuerbaren Energien liegen heute schon bei 35 Prozent. [...] Wir liegen heute bei 150 Biogasanlagen in unserem Bundesland. Oder wenn man das Waldaufforstungsprogramm betrachtet, dann darf man an dieser Stelle auch einmal sagen, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern in etwa einen Emissionswert von 13 Millionen Tonnen CO₂. Auch diese Zahl ist ganz interessant.

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS:
Sieben sollen dazukommen.)*

Und wenn ich das betrachte, was unser Wald aufnimmt, dann sind wir fast CO₂-neutral. [...] Ich glaube, das ist eine Botschaft dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern auf einem guten Weg ist und wir sicherlich gerade in Bezug auf Technologie, Technologieentwicklungen sehr viel mehr an Aktivitäten auslö-

sen wollen und müssen. [...] Energieeffizienz ist für mich das ganze Thema Kraft-Wärme-Kopplung,

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS: Richtig.)*

und dieses über die gesamten Bereiche hinweg [...], wir müssen hier weitere Maßstäbe setzen. Ich glaube aber auch, dass eine Effizienzinitiative in Richtung des Mittelstandes, den wir im Wesentlichen in Mecklenburg-Vorpommern haben, richtig und notwendig ist. [...]

Das Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzministerium will den Klimaschutz, die Klimafolgenabschätzung und die Energieeffizienzsteigerung als deutliches Zeichen weiter setzen. [...] Ich bin jedoch auch der Meinung, dass wir die Herausforderungen des Klimawandels nicht allein mit technischen Lösungen umsetzen können. Wir haben vor allen Dingen die Menschen weiterzubilden [...]. Ich denke, hier kommt der Ge-

sellschaft insgesamt eine große Bedeutung zu. [...]

Wir leben zum Glück in Mecklenburg-Vorpommern in einer gemäßigten Klimazone. Das wird sich nach allen Voraussagen durch den Klimawandel in den nächsten Jahren nicht dramatisch verändern. [...] Wenn wir erkennen, dass seit der Industrialisierung der Anstieg bei zwei Grad Celsius liegt, [...], dann ist in Europa noch viel zu tun. Ich glaube, dass wir [...] die Glaubwürdigkeit des Umweltschutzes in diesem Zusammenhang deutlich herausarbeiten müssen. Daher wird der Begriff der nachhaltigen Entwicklung in eine zusätzliche neue Dimension geführt.

Die Forstwirtschaft [...] hat dabei ebenfalls eine hohe Verantwortung. Ich glaube, wir sollten [...] deutlich machen, es kann in Europa nicht sein, dass wir nach wie vor etwa zehn Prozent der Flächen stilllegen und diese Biomasse an sich gar nicht in sinnvoller Weise nutzen. Das ist auch ein Ziel, das wir weiter umsetzen werden: Weg mit der Flächenstilllegung, hin zu sinnvoller Nutzung der Biomasse!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich glaube auch, dass wir in dem Zusammenhang die Klimafolgen für die ländliche Entwicklung und die Landwirtschaft deutlich machen müssen. [...] Es ist in dem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass, wenn die stoffliche Verwertung der nachwachsenden Rohstoffe betrachtet wird, weltweit etwa 1,4 Milliarden Tonnen nachwachsende Rohstoffe heute schon angewandt werden. Das ist mehr, als Stahl auf dieser Erde oder alle Kunststoffe, die verarbeitet werden, angewandt werden. Es ist also ein positives Zeichen, hier mehr in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung hineinzustecken. Auch dieses muss ein Ziel sein. Als Küstenland wird Mecklenburg-Vorpommern durch den steigenden Meeresspiegel die Wasserentwicklung deutlich machen müssen. Der vorausgesagte Anstieg von bis zu 58 Zentimetern in diesem Jahrhundert scheint auf den ersten Blick recht gering. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Wetterextreme wie starke Stürme und Orkane ist das mehr als zu bedenken.

*(Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS:
Manche Landschaften sind nicht mehr
zu sehen bei uns.)*

[...] Wir werden unsere Küstenschutzmaßnahmen darauf einstellen müssen. Die Deiche sind zu erhöhen, aber alle Küstenbereiche werden sich dennoch mit erhöhtem Aufwand nicht halten lassen. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit. [...]

Auch der Naturschutz und der Schutz der Biodiversität werden durch Klimafolgen berührt. Darauf habe ich hingewiesen. Die hier lebenden Arten sind natürlich optimal an unser Klima angepasst. Was passiert hier mit dem Wandel? [...] Nach einer Untersuchung der Universität Göttingen könnten [...] fünf bis 30 Prozent der heimischen Tierarten aussterben. Die Studie sollte Antwort finden auf die Fragen nach einem zeitgemäßen konservierenden Naturschutz. Dieses halte ich ebenfalls für dringend notwendig.

Auch dem Verbraucherschutz [...] kommen neue Aufgaben zu, wie zum Beispiel Veröffentlichungen zur Sonneneinstrahlungsinintensität. [...] Stärker sehe ich hier noch die Möglichkeit der Beratung zu den Themen „Energieeinsparung“, „Erhöhung der Energieeffizienz“ sowie weitere Aspekte der Verbraucheraufklärung.

Ich hoffe, ich habe Ihnen deutlich machen können, wie wichtig es ist, dieses Thema weiterhin intensiv durch dieses Hohe Haus begleiten zu lassen und immer, wo möglich, auch zu qualifizieren, runter gebrochen auf unser Land. Es sollte keine weiteren Studien geben, um der Studien willen,

*(Beifall Dr. Wolfgang Methling,
Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)*

sondern – das ist hier gemeint mit dem Antrag – es sollten bereits auf den verschiedenen Ebenen bekannte Daten aufgenommen,

ausgewertet und dann auf das Land herunter gebrochen werden. Dann sehe ich in der weiteren Entwicklung einen Mosaikstein für nachhaltige und vorausschauende Entwicklungen in unserem Bundesland.“

(Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung des Landtages am 29. März 2007)

Globale Erwärmung

So bezeichnet man den während der vergangenen Jahrzehnte beobachteten allmählichen Anstieg der Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre. Ihre hauptsächliche Ursache liegt in der Verstärkung des Treibhauseffektes, vorwiegend verursacht durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe, und den daraus resultierenden Emissionen von Kohlendioxid sowie in der Freisetzung weiterer Treibhausgase. Die Bezeichnung globale Erwärmung wurde im Verlauf der 1980er und 1990er Jahre geprägt und wird oft gleichbedeutend mit dem allgemeineren Begriff Klimawandel verwendet. Während Klimawandel die natürliche Veränderung des Klimas auf der Erde über einen längeren Zeitraum beschreibt und damit die bisherige Klimageschichte umfasst, bezieht sich die globale Erwärmung auf die gegenwärtige anthropogene, das heißt durch Menschen verursachte Klimaveränderung. Einige mit ihr zusammenhängende Umweltveränderungen, wie die verringerte Schneebedeckung, der steigende Meeresspiegel, die Gletscherschmelze und zu beobachtende Wetterveränderungen, gelten neben den Temperaturmessungen als Belege für den Klimawandel.



Bedroht der Anstieg des Meeresspiegels auch die Küsten von Mecklenburg-Vorpommerns?

Teilnehmer und Demonstranten als Gäste willkommen

Innenausschuss in Heiligendamm

Vom 6. bis 8. Juni 2007 wird in Heiligendamm der Weltwirtschaftsgipfel der acht mächtigsten Industrienationen „G 8“ tagen. Damit sind erhöhte Anforderungen an die Sicherheit im Großraum Heiligendamm verbunden. Neben den großen Delegationen aus verschiedenen Nationen wird eine Vielzahl an Demonstranten erwartet, die ihre Kritik an dem Weltwirtschaftsgipfel vorbringen wollen.



Vertreter des Innenministeriums und der Polizei erörtern mit dem Ausschuss die Vorbereitungen für den Weltwirtschaftsgipfel (v.l.: Frank Niehörster, Innenministerium; Innenminister Lorenz Caffier; Dr. Norbert Nieszery, Vorsitzender des Innenausschusses; Polizeidirektor Knut Abramowski)

Der Innenausschuss hat sich in seiner Sitzung am 15. März ein eigenes Bild vom Stand der Vorbereitungen für dieses herausragende Ereignis gemacht. Zunächst besuchten die Abgeordneten das polizeiliche Lagezentrum in der Liegenschaft der Polizeidirektion Rostock in Waldeck. Hier wird für die gesamte Einsatzzeit zentral die Planung und Kontrolle der polizeilichen Maßnahmen vorgenommen. Das Gelände ist deshalb besonders gesichert und verfügt über eine unabhängige Infrastruktur. Auch das Gebiet um das Tagungshotel Kempinski in Heiligendamm wird durch eine komplexe technische Sperranlage gesichert, die der Innenausschuss auf Höhe der Jemnitz-Schleuse näher in Augenschein genommen hat. Ein Drahtzaun mit Unterkriech- und Übersteigschutz sowie Videokameras sollen das unbeobachtete Betreten des Sicherheitsbereiches um Heiligendamm verhindern. Während des Gipfels wird der Zugang zu diesem inneren Bereich nur über

zwei Kontrollpunkte möglich sein. Anwohner und Lieferanten können aber auch in dieser Zeit nach gründlicher Fahrzeug- und Personenkontrolle in das Gebiet fahren. Im Anschluss an die Besichtigung der Sperranlage beriet der Ausschuss im Kempinski Grand Hotel mit Vertretern des Innenministeriums und der für die Absicherung des Gipfels zuständigen „Besonderen Aufbauorganisation (BAO) Kavala“. Dabei bestand Einigkeit darin, die Demonstranten wie die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels als Gäste des Landes willkommen zu heißen und sich für einen friedlichen Verlauf der Konferenz wie der Protestaktionen einzusetzen.

Weltverbrauchertag

Agrarausschuss in Stralsund dabei

Vor 45 Jahren, am 15. März 1962, hat US-Präsident John F. Kennedy vor dem Kongress der Vereinigten Staaten erstmals die vier Grundrechte der Verbraucher proklamiert: das Recht auf Sicherheit, das Recht auf Information, das Recht auf freie Wahl und das Recht auf Anhörung. An dieses historische Ereignis wird alljährlich mit dem „Weltverbrauchertag“ erinnert.

Die Neue Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern sowie das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz führten diesen Verbrauchertag in Stralsund unter dem Motto „Verbraucherschutz – Ernährung – Landwirtschaft“ durch. Der Agrarausschuss des Landtages hat daran teilgenommen.

Vor der Podiumsdiskussion zum Thema „Wie sicher sind unsere Lebensmittel?“ erklärte der Vorsitzende des Agrarausschusses, **Matthias Lietz**, der Ausschuss wolle mit seiner Präsenz deutlich machen, dass er seinen Zuständigkeitsbereichen – Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz – gleichran-



Agrarausschuss-Vorsitzender Matthias Lietz (l.) im Gespräch mit Marko Gemballa, Vizepräsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

gig die ihnen gebührende Aufmerksamkeit widmen werde. Qualitativ hochwertige Nahrungsmittel könnten nur erzeugt werden, wenn dabei die Erwartungen der Verbraucher beachtet und deren Bedürfnisse berücksichtigt würden. Da die am Beginn der Nahrungsmittel produzierenden Kette stehenden Landwirte „in der Natur und mit der Natur“ arbeiteten, müsse den Konsumenten der enge Zusammenhang zwischen Nahrungsmittelproduktion und Umwelt vermittelt werden.

Ganz im Sinne dieser Absichtserklärung fuhr der Ausschuss nach seiner Stippvisite in Stralsund weiter nach Medrow (Landkreis Demmin), wo er die Milchviehanlage der Milch- und Marktfrucht Henke KG besuchte. Dieses Agrarunternehmen erzeugt in seiner Biogasanlage aus der anfallenden Gülle sowie Biomasse elektrischen Strom und speist diesen in das Netz ein. Der Agrarausschuss besprach dort mit dem Präsidenten des Landesbauernverbandes agrar- und umweltpolitische Schwerpunkte aus der Sicht des landwirtschaftlichen Berufsstandes während der 5. Wahlperiode.

Parlamentarische Kontrollkommission

Der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages (PKK) gehören jetzt sechs Mitglieder an. Der Landtag wählte am 28. März folgende Abgeordnete in dieses Gremium:

Dr. Norbert Nieszery	SPD
Dr. Klaus-Michael Körner	SPD
Wolf-Dieter Ringguth	CDU
Matthias Lietz	CDU
Peter Ritter	Linkspartei.PDS
Gino Leonhard	FDP

Der Kandidat der NPD-Fraktion, Michael Andrejewski, erhielt fünf Ja-Stimmen und konnte damit nicht die erforderliche Mehrheit erreichen.

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist für die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zuständig. Das Innenministerium hat die PKK umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten.



Janusz Kahl aus Warschau, Überlebender des KZ Wöbbelin, appellierte an die Teilnehmer der Gedenkfeier, die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht zu vergessen und alles für ein friedliches Zusammenleben der Völker zu tun.

Gedenken in Wöbbelin

62. Jahrestag der Befreiung

Mit einer Gedenkfeier ist am 2. Mai an die Befreiung des Konzentrationslagers Wöbbelin erinnert worden.

Das KZ Wöbbelin, das im Februar 1945 als Außenlager des KZ Hamburg-Neuengamme errichtet worden war, wurde am 2. Mai 1945 von Truppen der US-Armee befreit. An der Gedenkveranstaltung nahmen zahlreiche Überlebende sowie Befreier der 82. US-Luftlandedivision teil. Unter den Gästen auch der stellvertretende Botschafter der USA, John M. Koenig, MV-Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Abgeordnete des Landtages sowie Schülerinnen und Schüler aus Ludwigslust und Schwerin.

In ihrer Gedenkrede appellierte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider an alle Demokraten, im Kampf gegen die Wiederholung solcher Verbrechen nicht nachzulassen. „Leider gibt es heute wieder viele Menschen, die solche Geschehnisse wie hier in Wöbbelin nicht wahrhaben wollen, die Mahnmale missachten und versuchen, die Erinnerung auszulöschen“, warnte sie. „Wir müssen in diesen Zeiten ein Zeichen setzen, dass wir das in deutschem Namen begangene Unrecht nicht vergessen haben. Und wir müssen das Gedenken mit Inhalten füllen, das lange Vergangene muss in seinem Bezug zu heute verstanden werden.“ Die Politikerin forderte dazu auf, immer wieder zu betonen und vorzuleben, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Leben, auf Freiheit und auf Achtung ha-

ben. „Deshalb müssen wir gegen jede Herabwürdigung anderer Menschen, anderer Glaubensrichtungen und anderer politischer Überzeugungen kämpfen“, betonte sie.

Werbung für M-V

Neubrandenburger Philharmonie gastierte in Brüssel

Anlässlich der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 gastierte die Neubrandenburger Philharmonie am 30. März in Brüssel.

Unter der Leitung von Generalmusikdirektor Stefan Malzew brillierte das Orchester mit Werken von Bernstein, Tschaikowski und Mozart. Die rund 800 Gäste aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, feierten die Neubrandenburger mit Jubel und Bravourufen.



(v.l. Sylvia Bretschneider; Dr. Reinhard Boest, Leiter des Informationsbüros Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel; Karin Schmidt, Philharmonie Neubrandenburg)

Initiiert wurde dieses Konzert vom MV-Informationsbüro in Brüssel. Dieses wurde eingerichtet, um durch frühzeitige und umfassende Kenntnis von EU-Vorhaben die Möglichkeiten für Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern, sich direkt oder mittelbar in die Gestaltung der Europäischen Union einzubringen.

Eine zweite wichtige Funktion des Büros besteht darin, Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel zu repräsentieren. Das bedeutet, in der „Hauptstadt Europas“ für die Stärken unseres Landes zu werben, über Wirtschaft, Forschung und Kultur zu informieren und für die Belange des Landes zu sensibilisieren.

Mit gutem Beispiel voran

Landtag setzt auf Ökostrom

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird auch in der neuen Wahlperiode mit umweltfreundlich erzeugtem Strom versorgt.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider besiegelte Ende März symbolisch den Vertragsabschluss mit dem Hamburger Stromanbieter Lichtblick GmbH. Das Unternehmen beliefert das Parlament seit dem 1. April 2007 mit Strom, der ausschließlich aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird. Verglichen mit konventionell erzeugter Elektroenergie wird so jährlich der Ausstoß von etwa 875 Tonnen Kohlendioxid vermieden. „Die Fortsetzung des Bezuges umweltfreundlichen Stroms darf als Antwort des Landtages Mecklenburg-Vorpommern auf die Klimaschutzdebatte verstanden werden“, betont Sylvia Bretschneider.

Vor vier Jahren hatte der Landtag als erstes Parlament in Deutschland den Wechsel zu einem Ökostromanbieter vollzogen. Seither werden die öffentlichen Ausschreibungen des Liefervertrages an Umweltkriterien geknüpft. Der von Lichtblick angebotene Strom wird nach Angaben des Unternehmens ausschließlich in umweltfreundlichen Kraftwerken erzeugt – insbesondere durch Biomasse und Wasserkraft. Seit 2003 setzt das Unternehmen vollständig auf regenerative Energiequellen. Die Erzeugungsqualität wird regelmäßig vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) kontrolliert und zertifiziert.



Sylvia Bretschneider und Michael Groß vom der Lichtblick GmbH besiegelten am 29. März den Vertrag zur Belieferung des Landtages mit Ökostrom.

Friedensdienst

Christoph Frey aus Schwerin ist Zivi im Holocaust Museum in Washington

„Es geht mir sehr gut hier, denn ich fühle mich wohl in diesem Land, das genauso gegensätzlich ist, wie man es aus Fernsehberichten kennt. Ich habe so viele neue, interessante, spannende, gute wie schlechte und auch ergreifende Momente erlebt, dass diese Reise für mich schon mehr ist, als es vier Wochen Urlaub jemals sein könnten.“ Dies schreibt der Schweriner Christoph Frey in seinem Bericht an Freunde und Förderer über seinen Friedensdienst, den er im Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. leistet. Zu seinen Förderern zählen auch die Landtagsabgeordneten Dr. Gottfried Timm (SPD), Dr. Armin Jäger (CDU), Angelika Gramkow und Peter Ritter (beide Linkspartei.PDS). Für LandtagsNachrichten beschreibt Christoph einen Arbeitstag auf der National Mall.

Gute sieben Monate leiste ich nun schon meinen Zivildienst am U.S. Holocaust Memorial Museum. Ich habe in dieser Zeit eine neue Welt kennen gelernt und nutze jeden Tag, um meinen Friedensdienst zu erfüllen. Aktion Sühnezeichen ist die Organisation, die mir diese Möglichkeit eröffnet hat. Seit 1958 schickt sie jedes Jahr 150 junge Menschen in zwölf Länder, die dort vor dem Hintergrund der Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus Versöhnungsarbeit leisten und zur Völkerverständigung beitragen. Dieses Jahr gehöre ich dazu und mir wurde sogar mein Wunschprojekt in den USA zugeteilt.



Die Jugendlichen, die gemeinsam mit Christoph in den USA ihren Friedensdienst leisten, verbindet ein Ziel: das friedliche Zusammenleben der Menschen auf dieser Welt.

An diesem Montagvormittag werde ich eine Gruppe von Polizisten aus Baltimore durch die Ausstellung des Holocaust Museums führen. Sie wird zirka zwei Stunden dauern und alle meine Englischkenntnisse fordern. Nachdem ich ein 13-wöchiges Tour-Guide-Program-

füllt habe, werde ich nun regelmäßig für Führungen eingeplant und habe bereits Schulklassen, Polizeioffiziere und auch Studenten durch unser Gebäude geleitet.

Als ich das erste Mal durch die Ausstellung gegangen bin, hat es mir fast die Sprache verschlagen. Hinter einer Glasscheibe steht ein Bett aus der Schweriner Nervenklinik, die ein Ort der Euthanasie war! Da läuft man durch drei Etagen ausgestellter Geschichte über einen der schrecklichsten Abschnitte der Menschheit, und entdeckt im nächsten Raum dieses Stück aus seiner Heimat! Dieser Moment war sehr wichtig für mich, weil er mir noch einmal verdeutlicht hat, warum ich mich dazu entschieden habe, einen Friedensdienst zu leisten. Einen Weltkrieg darf es nie wieder geben! Und es ist die Aufgabe unserer Generation, zu einer friedlichen Zukunft beizutragen.

Nach diesen ersten zwei Stunden des Tages begeben sich ins Archiv des Museums. Eine meiner Aufgaben ist die historische Forschung. Im Moment beschäftige ich mich mit Deportationslisten aus dem Lodzer Ghetto. Meine Abteilung, die Registry of Holocaust Survivors, hat ein Projekt zum Schicksal der Kinder begonnen und versucht, deren Leidensweg durch die verschiedenen Konzentrationslager zu erfassen und nachzuvollziehen.

Nach der Mittagspause erwarten mich an meinem Schreibtisch in einem Nebengebäude des Museums weitere Aufgaben. Das Hauptprojekt meiner Abteilung ist die Registrierung von Überlebenden des Holocaust. Durch diese Initiative möchten wir Überlebenden und Angehörigen von vermissten Personen die Möglichkeit bieten, Verwandte und Bekannte wieder zu finden. Die Datenbank enthält bisher Informationen zu mehr als 195.000 Überlebenden und deren Familien und stellt damit eine bedeutende Quelle für Historiker und Ahnenforscher dar. Ich bin für das Registrierungsprogramm in Deutschland verantwortlich und ver-

suche, durch Kooperationen mit verschiedenen Institutionen Überlebende zu finden. Wir werden dabei von mehreren KZ-Gedenkstätten, verschiedenen Museen und zahlreichen jüdischen Gemeinden unterstützt. So helfen uns zum Beispiel auch die Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin und das Dokumentationszentrum in Prora.

Die letzten zwei Stunden an diesem Tag verbringe ich mit Übersetzungen. Das Archiv des Internationalen Suchdienstes befindet sich in Bad Arolsen, Hessen, und umfasst Aufzeichnungen zu rund 17 Millionen Personen, die Verfolgte und Opfer des Nationalsozialismus waren. Diese Unterlagen waren bisher der Öffentlichkeit verschlossen. Das Museum hat nun die Möglichkeit, diese Bestände aus Deutschland in digitaler Form ins eigene Archiv zu integrieren. Ich helfe bei der Übersetzung des Inhaltsverzeichnisses ins Englische. Dies ist der erste Schritt, bevor wir die eigentlichen Dokumente bekommen.

Für morgen habe ich aus unserem Archiv eine Fotokollektion bestellt, die möglicherweise noch unbekannte Aufnahmen vom Konzentrationslager Wöbbelin enthält. Über seine Befreiung aus diesem Lager spricht auch George Salton auf einem Video, das hier im Museum gezeigt wird. Im Mai wird er zum ersten Mal nach 62 Jahren nach Wöbbelin kommen und an den Feierlichkeiten zum Tag der Befreiung teilnehmen. Einen weiteren Überlebenden dieses KZ, Herrn Rabbi Berkowitz, habe ich hier persönlich kennen gelernt und ich hoffe, ihn im Mai 2008 in Wöbbelin wieder zu treffen.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei allen meinen Förderern bedanken. Einerseits ermöglichen sie mir einzigartige Erfahrungen, auf der anderen Seite kann ich vielleicht dazu beitragen, das Bild, das man von meinem Heimatland insbesondere nach den jüngsten Wahlergebnissen in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern hat, zu relativieren. Ich möchte hier zeigen, dass sich die Jugendlichen intensiv und kritisch mit der Geschichte ihres Landes auseinandersetzen.

Bis zum nächsten Mal und ‚a grus in der heym‘, wie man auf Jiddisch sagen würde.

Christoph Frey



Christoph Frey (20) hat am Schweriner Goethe-Gymnasium sein Abitur gemacht und leistet zurzeit seinen Zivildienst im Holocaust Museum in Washington.

Rostock oder Schwerin?

Wie das Schloss zum „schönsten Landtagssitz Deutschlands“ wurde

In wohl keinem anderen Landtag kommen sich Monarchie und Demokratie so nah wie im Schweriner Schloss. Bis ins 20. Jahrhundert war das Bauwerk Residenz der Mecklenburger Herzöge. Inzwischen ist es Hort der Demokratie. Neben dem Museum und dem Café beherbergt es seit 1990 das Landesparlament.

Zum zweiten Mal in seiner Geschichte: Von 1948 bis zur Auflösung der Länder in der DDR 1952 war das Schloss schon einmal Landtagssitz. Daran erinnerte sich in den Jahren der politischen Wende von 1989/90 kaum noch jemand. Und doch stand für viele fest: Das Schloss ist ein ganz besonderes Pfund, mit dem Schwerin im Wettstreit um den Sitz der neuen Landeshauptstadt wuchern kann.

„Ohne das Schloss hätte es Schwerin viel schwerer gehabt“, erinnert sich Rainer Prachtl. Der Neubrandenburger zog 1990 als erster „Hausherr“ auf die Insel. „Ich war damals 39 Jahre alt und wohl der jüngste Landtagspräsident in Deutschland“, sagt Prachtl, der das hohe Amt bis 1998 innehatte. Viele Abgeordnete, die zuerst mit Rostock oder Güstrow als Landeshauptstadt liebäugelten, hätten bald gemerkt, was für eine Symbolkraft in dem vorgeschlagenen Landtagssitz steckte.



Rainer Prachtl wurde 1990 zum ersten Präsidenten des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gewählt und übte dieses Amt bis 1998 aus.

„Das Schloss wurde dann ja auch zu einem Identifikationssymbol für die Politik und das ganze Land. Die Entscheidung war ein Glücksfall für Mecklenburg-Vorpommern“, sagt der CDU-Politiker, der sich nach vier Legislaturperioden 2006 aus dem Landesparlament zurückzog, im Rückblick. „Dabei schienen die Messen schon gesungen“, erinnert sich ein anderer Ex-Abgeordneter. Georg Diederich war ab Mitte 1990 „Regierungsbevollmächtigter“ in Schwerin. „Alle Signale zeigten zu-



Von der Residenz des Großherzogs zum schönsten Landtagssitz Deutschlands.

nächst Richtung Rostock. Die Uni dort hatte ein Gutachten vorgelegt, das keine Alternative zuließ. Ich war überzeugt davon, dass Schwerin als Hauptstadt besser für die Entwicklung des Landes sein würde“, sagt der einstige Politiker, der bis 1992 erster CDU-Innenminister des Landes war. Mit einem kleinen Team von Mitstreitern nahm er den Kampf gegen die schier übermächtige Fraktion der Rostock-Befürworter auf. „Rostock war schon damals eine Stadt mit großem Potenzial in Wirtschaft und Wissenschaft. Eine Metropole.“ Da sollte sich nicht auch noch die politische Macht dort konzentrieren. Zudem war klar, dass man als Landeshauptstadt auch die vielen Gebäude aus Herzogs Zeiten erhalten, sanieren und sinnvoll würde nutzen können. Die Rostocker freilich erwiesen sich als hartnäckige Konkurrenten. „Doch wir haben damals begriffen, was Marktwirtschaft bedeutet. Man muss für ein Produkt werben. Viele Leute mit politischem Einfluss kannten Schwerin überhaupt nicht. Also haben wir sie hergeholt, ihnen die Stadt und das Schloss gezeigt und zu einer Dampferfahrt eingeladen“, denkt Diederich zurück. Von „Kaffeefahrten“ sprachen Schwerin-Gegner. Die neue Werbestrategie indes zeigte Wirkung. Die Stimmung kippte, die Waage neigte sich allmählich in Richtung der ehemaligen Herzogresidenz. Ende August wurde der Neubrandenburger Martin Brick (CDU) so genannter Landesbevollmächtigter, das Oberhaupt für die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Er entschied, dass die Schweriner Konzeption umgesetzt werden

sollte. Aufbaustäbe wurden gegründet, erste Gelder zur Sanierung der Gebäude flossen. Der Landtag würde Ende Oktober zu seiner ersten Sitzung in Schwerin zusammenkommen. Das Parlament sollte dort nicht nur den Ministerpräsidenten wählen, sondern auch sein Votum für die neue Hauptstadt abgeben. Rostock oder Schwerin? Die Frage war noch immer offen. „Wir wussten, die Abgeordneten mussten begeistert von ihrer neuen Arbeitsstätte sein. Dann würden sie auch für Schwerin stimmen“, sagt Diederich. Als Landtagssitz war zunächst die ehemalige SED-Bezirksparteischule auf dem Dreesch vorgesehen. „Ein trostloses Gebäude“, erinnert er sich. Rostock hatte als Sitz das historische Ständehaus im Blick. Das Schweriner Schloss kam wegen des hohen Sanierungsaufwandes zunächst nicht in Frage. Letztlich sei es sein damaliger Berater, Volker Pollehn aus Schleswig-Holstein, gewesen, der darauf gedrungen habe, das Unmögliche möglich zu machen. Als die neu gewählten Vertreter der Demokratie schließlich am 27. Oktober 1990 erstmals im Plenarsaal des Schlosses Platz nahmen, waren sie offenbar von ihrem Landtagssitz überzeugt. 40 der 66 Abgeordneten stimmten für Schwerin, nur 25 für Rostock, ein Abgeordneter enthielt sich. Spätestens als der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei einem Besuch im Dezember 1990 das Schloss zum „schönsten Landtagssitz Deutschlands“ adelte, war der Wettstreit um den Hauptstadtsitz vergessen.



Von der Residenz des Großherzogs zum schönsten Parlamentssitz Deutschlands

Tag des offenen Schlosses

Pfingstmontag, 28. Mai 2007, 11 – 17 Uhr

Über 600 Zimmer hat das Schweriner Schloss. Rund 30 – nämlich die restaurierten Wohn- und Repräsentationsräume der großherzoglichen Familie – kann man beim Rundgang durch das Schlossmuseum bestaunen. Aber wer hätte nicht Lust, auch einmal nicht öffentlich zugängliche Bereiche des Schlosses zu besichtigen? Sich ein Bild zu machen über die verschiedenen Nutzungen des Prunkbaus? Neben dem Plenarsaal auch Beratungsräume des Landtages kennen zu lernen und Informationen über deren frühere und heutige Nutzung zu bekommen? Gelegenheit dazu gibt es am Pfingstmontag, wenn der Landtag zum „Tag des offenen Schlosses“ einlädt. Der Rundgang durch Deutschlands schönsten Landtagssitz führt treppauf – treppab in die unterschiedlichsten Ecken des Schlosses und zeigt eine Vielzahl von Bereichen, die neu genutzt werden, aber durchaus auch etliches über ihre Gesichte erzählen. Ganz nebenbei bekommt man einen Eindruck über die Herausforderungen, die eine denkmalgerechte Sanierung unter Berücksichtigung der Nutzungserfordernisse eines modernen Parlamentsbetriebes stellt.

Ehemaliger Pferdestall

Der Pferdestall zwischen Nord- und linker Portalbastion war von außen zugänglich und hatte acht „Pferderäume“ für die privaten Pferde, Ponys oder Esel der großherzoglichen Familie. Die Boxenwände wurden später zur Umnutzung als Lagerräume entfernt und neue Wände als Raumteilungen eingezogen. Heute ist hier der Besucherraum des Landtages.

Weißer Marmortreppe

Die Weiße Marmortreppe mit reich ornamentiertem, bronziertem gusseisernen Geländer führt vom Erd- bis ins vierte Geschoss. An ihren Podesten wird sie von zwei eisernen Pfeilern getragen. Zwischen ihnen befanden sich in allen Etagen auf den Vorplätzen kunstreich geformte metallene Kandelaber mit Fontänen.

Kirchgang

Die geschlossene Galerie über den Schlosshofarkaden verbindet die Obotritenmit der Weißen Marmortreppe. An den Wänden zeigen Ahnenbilder Angehöriger des mecklenburgischen Herrscherhauses.

Königswohnung

Die Wohnung hoher Gäste in Höhe der Beletage trägt diesen Namen, weil König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und seine Gemahlin Elisabeth als erste diese Raumgruppe bewohnten, als sie zu den Einzugsfeierlichkeiten im Mai 1857 in Schwerin weilten.

Im Vorzimmer, das acht Säulen aus Stucco lustro schmücken, führt heute der Ältestenrat des Landtages seine Beratungen durch.

Wohnung des Großherzogs

Friedrich Franz II. wählte für seine Wohnung einen Bereich, der bereits den Herzögen



Weiße Marmortreppe



Kirchgang



Königswohnung

Johann Albrecht I. im 16. Jahrhundert und Adolf Friedrich im 17. Jahrhundert als Wohnung diente. Von dem kleinen Vorplatz führte eine Nebentreppe hinauf in das Kammerdienerzimmer, eine andere Treppe stellte die Verbindung zum vierten Obergeschoss und nach unten zum geschlossenen Kirchgang her.

Ministerzimmer

Es diente zu Konferenzen und Ministersitzungen, die im Schloss stattfanden. Die holzgetäfelte Decke und ein Kamin aus weiß-grauem Marmor „waren seit Jahrhundert an der selben Stelle“, heißt es in der Festschrift „Das Schloß zu Schwerin“ aus dem Jahre 1869.

Schlafzimmer

Auch in diesem Raum konnte die holzgetäfelte Decke aus dem alten Schloss bewahrt werden. In dem angrenzenden achteckigen Turm – dem zweiten Schlosskirchenturm – führt eine Treppe auf die Gartenterrasse der Nordost-Bastion.

Acht-Eck-Zimmer

Dieser tatsächlich achteckige Raum gehörte früher zu einer Gästewohnung, den „Hessischen Kammern“. Grund: Anlässlich der Heirat Friedrich Franz II. mit Anna von Hessen im Jahre 1864 wurde sie für deren Eltern eingerichtet.

Konferenzzimmer

Ein Verbindungsgang führte in das Empfangszimmer dieser Gästewohnung mit drei großen Fenstern, die den schönen Blick über die Schlossbrücke in Richtung Stadt ermöglichen. Hier beraten heute die Fachausschüsse des Landtages. Die anschließenden Räumlichkeiten – Wohn-, Schlafzimmer und Arbeitskabinett – beher-

bergen jetzt das Büro der Landtagspräsidentin.

Lobby und Plenarsaals

Über den Bereich des heutigen Plenarsaals und der Lobby heißt es in der Festschrift aus dem Jahr 1869: „Neben den hessischen Kammern sind vier Räume, deren innerer Ausbau und Decorierung späterer Zeit vorbehalten sind. Es sind dies ein Vorplatz, ein Speisesaal von 130 Fuß Länge und 40 Fuß Breite (Plenarsaal) und zwei Vorräume hierzu.“ Dieser Bereich wurde 1948 als Sitzungssaal für den damaligen Landtag ausgebaut und wird seit 1990 wieder als solcher genutzt.



Acht-Eck-Zimmer

NDR-Landtagsstudio

Der NDR betreibt direkt im Schloss ein Studio, um topaktuell über die Beratungen im Parlament berichten zu können.

Ausstellungen

- „Der Umbau des Schlosses im 19. Jh. und Baumaßnahmen am Schloss bis heute“
- „Schlossbilder der SVZ-Leser“

**Kinderspaß mit dem
Puppentheater Wischnewski
„Vom eitlen Siegfried,
dem Tildchen und
dem Hildchen“
(11.30 Uhr und 16.00 Uhr
im Festsaal)**



Plenarsaal

Programm-Highlights des Festwochenendes

Festumzug

Pfingstsamstag 26. Mai, 10.00 – 12.00 Uhr

Zeitenreise im Burggarten

Pfingstsamstag bis Pfingstmontag (26.- 28. Mai)

Leben bei Hofe – Informationen und Spielszenen

Pfingstsamstag und Pfingstsonntag (26. und 27. Mai)

Flottenparade zum Jubiläum

Pfingstsamstag, 26. Mai, 10.30 Uhr

Der Jubiläumsabend

Pfingstsamstag 26. Mai, 20.00 Uhr

Erlebnisse aus Musik und Licht auf dem Alten Garten

Nachtmusik bei Kerzenschein

Pfingstsonntag, 27. Mai, 21.30 Uhr, Burggarten

Tag des offenen Schlosses

Pfingstmontag, 28. Mai, 11.00 – 17.00 Uhr

Traditioneller Kunstmarkt

Freitag bis Montag (25. – 28. Mai), 11.00 – 18.00 Uhr



NDR Fernsehen

Der Festumzug live

Samstag, 26. Mai, 11.00 - 12.30 Uhr, N3

„Parlament und Petermännchen“

Sonntag, 27. Mai, 13.00 - 13.45 Uhr, N3



▲ Vertreter der Aktionsgemeinschaft „FREIER HIMMEL“ e.V. trafen sich am 27. März mit Sylvia Bretschneider zu einem Gespräch im Schweriner Schloss. Sie überreichten der Parlamentspräsidentin symbolisch einen Dampfkessel mit der Erwartung, dass sich auch der neue Landtag mit Hochdruck für die zivile Nutzung der Müritz-Ruppiner Heide einsetzt. Sylvia Bretschneider sagte die Fortsetzung der Unterstützung zu, die bereits die Abgeordneten der 4. Wahlperiode mit fraktionsübergreifenden Beschlüssen untermauert hätten.
 (v.l.: Thomas Gädecke, AG Freier Himmel; Sascha Heinzl, Mitorganisatorin des Warener „MüritzProtest“; Sylvia Bretschneider; Rudolf Borchert, SPD-Fraktion; Barbara Lange, Vorsitzende des AG „FREIER HIMMEL“.)



Das war eine Unterrichtsaufgabe ganz nach dem Geschmack der Studenten der Grafik-Design-Schule Schwerin: sie durften Plakate für das Schloss-Jubiläum entwerfen. Am 24. April wählte eine Jury, der auch Landtagsdirektor Armin Tebben (Mitte) angehörte, die gelungensten Entwürfe aus. Nadine Pasch (2. v.l.) und Vitali Klimov (r.) konnten sich freuen: ihre Entwürfe machten das Rennen und werden jetzt jeweils in 1000 Exemplaren in M-V, Hamburg, Lübeck, Berlin, Potsdam und Wuppertal für das große Jubiläumsfest zu Pfingsten werben. Einen Sonderpreis erhielt Anja Schröter (l.), deren Entwurf für eine spätere Aktion vorgemerkt ist.



Adressfeld für Abonnenten



▲ Der chinesische Lehrer Zhang Xin freute sich sehr, dass Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am Rande der Plenarsitzung am 28. März Zeit für ein Gespräch mit ihm fand. Der Lehrer für Englisch und Chinesisch unterrichtet ein Jahr lang an den Gymnasien in Gadebusch, Wismar und Grevesmühlen im Rahmen des Wahlunterrichts die chinesische Sprache. Im Gegenzug arbeitet seit September ein Kollege aus Gadebusch in China und unterrichtet an der Heimatschule von Zhang Xin Deutsch als Fremdsprache.

▲ Am 12. April stattete der Generalkonsul der Philippinen, S.E. Armando B. Fernandez jr., dem Landtag seinen Antrittsbesuch ab. Hier wurde er von Andreas Bluhm empfangen und trug sich ins Gästebuch ein. Der 2. Vizepräsident des Landtages informierte den Diplomaten über die neue Zusammensetzung des Landtages nach der Wahl im vergangenen Jahr und über die Schwerpunkte der Parlamentsarbeit in den kommenden Monaten. Weitere Gesprächsthemen waren die wirtschaftliche Situation Mecklenburg-Vorpommerns, die touristische Entwicklung und die Problematik der niedrigen Geburtenrate.
 (v.l. Enrica Elbern, Handelsbüro der Philippinen; S.E. Armando B. Fernandez jr.; Andreas Bluhm; Edgar Canta, Protokolloffizier)